

Teil B

Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

B. a) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften und ausgewählte Pressemitteilungen von paperpress zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin

Seiten B 1– B 46

➤ **Charlottenburg - Wilmersdorf** (Seiten B 1 – B 3)

- 01) Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch bei Eröffnung der Berliner „School for Transformation“
- 02) Eröffnung der Dauerausstellung „Von Maulbeerbaum bis Moderne – Das Schoeler-Schlösschen in Wilmersdorf“

➤ **Steglitz-Zehlendorf** (Seiten B 4 - B 5)

- 01) Vier Jugendeinrichtungen vereinen sich erneut für ein starkes Zeichen der Erinnerungskultur! Bildungsfahrt nach Krakau vom 19.10 bis 23.10.2026 - Gedenkstättenpädagogik im Fokus

➤ **Tempelhof - Schöneberg** (Seiten B 6 – B 18)

- 01) Bezirksentscheid zum bundesweiten Vorlesewettbewerb
- 02) Saisonstart am Informationsort Schwerbelastungskörper
- 03) Sanierung des Rathauses Schöneberg gesichert
- 04) Gedenktafel für den verfolgten Wissenschaftler und Herausgeber Dr. Arnold Berliner enthüllt
- 05) Frisch getauft: Die Grünanlage am Innsbrucker Platz heißt nun Erna-Proskauer-Park
- 06) Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann fordert Bürokratieabbau für Demokratieprojekte
- 07) Neue Tafel am Park am Gleisdreieck informiert zur Rolle der Ofenbaufirma H. Kori GmbH im Holocaust
- 08) Tempelhof-Schöneberg errichtet eine Gedenktafel für Dr. Arnold Berliner
- 09) Neue Informationstafel zur Ofenbaufirma H. Kori GmbH

➤ **Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland, Schwerpunkt Berlin** (Seiten B 19 – B 46)

- 01) KW 13 (23.03. bis 29.03.2026). Von Ed Koch
- 02) „Aktion T 4“. Gedenkstättenbesuch „Aktion T 4“ in Brandenburg. Der Verein „Das Rote Tuch e. V.“ lädt ein

- 03) Herzlichen Glückwunsch, Klaus Hoffmann. Von Ed Koch
- 04) Demokratieprojekte fördern – Zumutung. Von Ed Koch
- 05) Sinneswandel. Von Ed Koch
- 06) Eine Bank und 7.001 Geschichten. Von Ed Koch
- 07) Kopf ab. Von Ed Koch
- 08) KW 12 (16.03. bis 22.03.2026)
- 09) Glück gehabt. Von Ed Koch
- 10) Kai in der Kiste. Von Ed Koch
- 11) Zu früh und zu lange. Von Ed Koch
- 12) Wikipedia – Dreist. Von Ed Koch
- 13) Frau Präsidentin. Von Ed Koch
- 14) Mehr als Wohnen. Von Ed Koch
- 15) „Durch ein Fenster gesehen ...“ Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis – 1933 bis heute
- 16) „So kanns gehen. Von Ed Koch
- 17) KW 10 (02.03. bis 08.03.2026) – Kopf an Kopf. Von Ed Koch
- 18) Bau auf Bau auf! Von Ed Koch
- 19) Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Von Ed Koch
- 20) Selbstüberschätzung. Von Ed Koch

B. b) Berichte

Seiten B 47

- 01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21. 03.2025

**B. c) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen Seite B 48**

- 01) *Keine Mitteilungen*

B. d) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seite B 49

- 01) *Keine Mitteilungen*

C. a) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten B 1 – B xx**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten B 1 – B 3)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch bei Eröffnung der Berliner „School for Transformation“

Pressemitteilung vom 25.03.2026

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch nimmt am **Freitag, 27. März 2026**, an der Eröffnung der Berliner „School for Transformation“ teil. Die neue Einrichtung wird von der Alice Salomon Hochschule Berlin und der Technischen Universität Berlin gemeinsam getragen.

Die „School for Transformation“ dient als Kompetenzzentrum für transdisziplinäres Lernen, Forschen und künstlerische Praxis. Vor dem Festakt findet ein Symposium zur „Campustransformation“ statt. Es behandelt die Frage, wie Hochschulen stärker in die Stadtgesellschaft eingebunden werden können. Praxisorientierte Beispiele zeigen, wie Hochschulstandorte zu lebendigen Orten werden, an denen Forschung, Lehre und gesellschaftliches Engagement verknüpft sind. Ein Schwerpunkt liegt darauf, kreative und soziale Innovationen dauerhaft in den Hochschulalltag zu integrieren, um aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen.

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch:

„Mit der ‚School for Transformation‘ geht die Universität einen wichtigen Schritt in Richtung einer offenen und vernetzten Hochschule, die sich aktiv in die Gesellschaft einbringt. Der Austausch zwischen Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ist wichtig, um gemeinsam kreative Lösungen für die Zukunft zu entwickeln.“

Im Auftrag
Räsch

02) Eröffnung der Dauerausstellung „Von Maulbeerbaum bis Moderne – Das Schoeler-Schlösschen in Wilmersdorf“



Bild: Schoeler-Schlösschen

Pressemitteilung vom 20.03.2026

Die Dauerausstellung „Von Maulbeerbaum bis Moderne – Das Schoeler-Schlösschen in Wilmersdorf“ eröffnet Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz am **Dienstag, 24. März 2026, um 19.30 Uhr** im Schoeler-Schlösschen.

Die Ausstellung erzählt die 275-jährige Geschichte des ältesten Hauses in Wilmersdorf im Zusammenhang mit der Entwicklung des Ortsteils. Sie ist in zwei Räumen des Schoeler-Schlösschens zu sehen und bietet unter anderem eine Hörstation mit imaginären Alltagsgeschichten ehemaliger Bewohner des Hauses. Ergänzend dazu werden in einem begleitenden Podcast-Projekt künftig Geschichten von Anwohnenden gesammelt, die eine besondere Beziehung zum Haus haben.

Das Schoeler-Schlösschen bittet zudem um Mithilfe: Gesucht werden Fotos und Bilder, die die Geschichte des Hauses und Wilmersdorfs dokumentieren. Diese werden quartalsweise in einer Wechselvitrine gezeigt.

Das Schoeler-Schlösschen ist eine Einrichtung des Fachbereichs Kultur des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf.

Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz

„Die Eröffnung des Schoeler-Schlösschens war für mich ein Herzensprojekt! Die Entstehung eines neuen Kulturstandortes in Wilmersdorf mit solch einer langen, wechselhaften Geschichte mitgestalten zu können, erfüllt meine Mitarbeiter und mich mit Freude und Stolz. Mit der neuen Dauerausstellung können wir dem Entwicklungsprozess Gestalt und Farbe geben und die wechselvolle Geschichte des Schoeler-Schlösschens greifbar machen. Wir hoffen, damit allen Besuchern zeigen zu können, wie eng die Entwicklung dieses Hauses mit der Geschichte Wilmersdorfs verbunden ist.“

Seite B 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

Die Dauerausstellung kann während der regulären Öffnungszeiten kostenfrei besichtigt werden:

- Dienstag – Freitag 11 bis 17 Uhr
- Samstag und Sonntag 10 bis 17 Uhr

Führungen sind auf Anfrage möglich.

Kontakt

Schoeler-Schlösschen
Wilhelmsaue 126
10715 Berlin

Tel.: (030) 4596 47 26

E-Mail: schoeler@charlottenburg-wilmersdorf.de

Internet: <https://schoeler-schloesschen-berlin.de/>

Im Auftrag
Blümlein

Steglitz-Zehlendorf (Seiten B 4 – B 5)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Vier Jugendeinrichtungen vereinen sich erneut für ein starkes Zeichen der Erinnerungskultur! Bildungsfahrt nach Krakau vom 19.10 bis 23.10.2026 - Gedenkstättenpädagogik im Fokus

Pressemitteilung vom 27.03.2026

In einem gemeinsamen Projekt setzen vier Jugendeinrichtungen ein starkes Zeichen für die Stärkung der Erinnerungskultur und die Förderung der Gedenkstättenpädagogik. Vom 19. Oktober 2026 bis 23. Oktober 2026 findet eine Bildungsfahrt nach Krakau statt, bei der die Teilnehmenden die historischen Gedenkstätten Auschwitz und Birkenau besuchen sowie eine Stadtführung in Krakau erleben werden.

Zielgruppe sind Jugendliche im Alter von 15 bis 27 Jahren, die durch diese Reise nicht nur wertvolles Wissen über die Geschichte des Holocaust erlangen, sondern auch die Möglichkeit erhalten, sich aktiv mit den Themen Erinnerung, Verantwortung und Zivilcourage auseinanderzusetzen. Um eine intensive Reflexion der Erlebnisse zu gewährleisten, stehen den geplanten 25 Teilnehmenden fünf qualifizierte Betreuungspersonen zur Seite, die als Ansprechpartner dienen und die Exkursionen mit den Teilnehmenden aufarbeiten.

Die Übernachtung erfolgt in einem komfortablen, zentral gelegenen Hostel in Krakau, das den Teilnehmenden eine angenehme Atmosphäre für Austausch und Reflexion bietet. Geplant sind zwei Exkursionen mit fachkundigen Führungen in das Auschwitz Stammlager sowie Auschwitz-Birkenau, die den Teilnehmenden tiefe Einblicke in die Geschichte und die Auswirkungen des Holocaust geben werden. In Krakau steht eine Stadtführung auf dem Programm, bei der die Teilnehmenden mehr über die kulturellen und historischen Hintergründe der Stadt und die jüdische Community erfahren.

„Es ist uns ein besonderes Anliegen, die Erinnerungskultur aktiv zu fördern und den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Nur durch Bildung und Reflexion können wir die Lehren der Vergangenheit in die Zukunft tragen“, lautet der Leitsatz des Projektes.

Das Projekt wird von **Mitarbeitenden des Kinder- und Jugendzentrums Dr. Wolf, des Hauses der Jugend Zehlendorf, der Jugendfreizeiteinrichtung G. Marshall und der Jugendfreizeiteinrichtung Albrecht Dürer organisiert und durchgeführt** und verfolgt das Ziel, eine nachhaltige und bleibende Erinnerungskultur zu etablieren.

Anmeldeformular und weitere Infos unter <https://padlet.com/jfedrwolf/Krakau2026>

Anmeldeschluss ist der 15.07.2026.

Seite B 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

Für weitere Informationen und Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

<https://padlet.com/jfedrwolf/gedenkst-ttenfahrt-krakau-19-10-23-10-2026-jx6if77imm79q56o/wish/kxodWG20pbJ0ZgP7>

Anmeldungen werden in den genannten Einrichtungen entgegengenommen:

Angie Heinz, Leitung
Christian Groß, Erzieher
Kinder- und Jugendzentrum Dr. Wolf
[030/90299-3106](tel:030902993106)
angie.heinz@ba-sz.berlin.de
www.kijudrwolf.de

Aneta Hellebrandt, Erzieherin
Jugendfreizeiteinrichtung G. Marshall
Marshallstr. 3
14169 Berlin
[030/90299-6758](tel:030902996758)
jfmarshall@steglitz-zehlendorf.de
<https://jfhmarshall.de/>

Alexander Skoczowsky, Leitung
Cindy Zinser, Erzieherin
Haus der Jugend Zehlendorf
Argentinische Allee 14
14163 Berlin
[030/80909913](tel:03080909913)
leitunghausderjugend@steglitz-zehlendorf.de
<https://hdjzehlendorf.de/>

Rosaleen Kachel, Erzieherin
Jugendfreizeiteinrichtung Albrecht Dürer
Memlingstr. 14 A
12203 Berlin
[030/84318543](tel:03084318543)
jfealbrechtduerer@steglitz-zehlendorf.de
<https://jfe-albrecht-duerer.de/>



Tempelhof - Schöneberg (Seiten B 6 – B 18)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281
pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Bezirksentscheid zum bundesweiten Vorlesewettbewerb

Pressemitteilung Nr. 124 vom 30.03.2026



Von links nach rechts: Kinderbuchautor Boris Pfeiffer, Bibliothekarin Anna Wolf, Kinderbuchautorin Petra Kasch, Gewinnerin Adele, stellvertretende Fachbereichsleitung der Bibliothek Christina Pott, Vorjahressiegerin Ayla

Am Freitag, dem 27. März 2026, fand in der Bezirkszentralbibliothek Tempelhof-Schöneberg der Bezirksentscheid des bundesweiten Vorlesewettbewerbs für den Bezirk Tempelhof Schöneberg statt. Vier Schülerinnen und Schüler, die sich zuvor bereits bei den Schul- und Ortsteilentscheiden erfolgreich durchgesetzt hatten, stellten sich erneut der Herausforderung und präsentierten ihre Lesekünste vor der Jury.

Seite B 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

Die Schülerin Adele präsentierte eine Passage aus dem Buch „Flusskind“ von Sabine Bohlmann und beeindruckte die Jury mit einer hervorragenden Vorleseleistung. Die Jury, der unter anderem die renommierten Kinderbuchautoren Petra Kasch und Boris Pfeiffer angehörten, würdigte insbesondere ihre Ausdrucksstärke.

Auch beim Vorlesen des unbekanntes Fremdtexes zeigte sich die Schülerin äußerst souverän und überzeugte die Jury erneut mit ihrer klaren und sicheren Darbietung. Obwohl die Entscheidung dem Gremium nicht leichtfiel, setzte sich Adele schließlich als verdiente Gewinnerin des Bezirks Tempelhof-Schöneberg durch. Sie wird den Bezirk nun beim Landesentscheid des bundesweiten Vorlesewettbewerbs vertreten.

Die Stadtbibliothek Tempelhof Schöneberg spricht Adele ihre herzlichsten Glückwünsche aus und wünscht ihr für die nächste Wettbewerbsrunde viel Erfolg.

Kontakt:

Stadtbibliothek Tempelhof-Schöneberg

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Anna Schares

- *Tel.:* [\(030\) 90277-2172](tel:+4930902772172)

anna.schares@ba-ts.berlin.de

02) Saisonstart am Informationsort Schwerbelastungskörper

Pressemitteilung Nr. 123 vom 27.03.2026

Ab dem 1. April 2026 ist der Informationsort Schwerbelastungskörper wieder für den Publikumsverkehr geöffnet. Ab Mai finden jeden 1. Sonntag im Monat um 15 Uhr kostenlose Führungen statt (im April abweichend am 12. April 2026).

**Informationsort Schwerbelastungskörper
General-Pape-Straße / Loewenhardtdamm, 12101 Berlin**

**Saisonal geöffnet vom 1. April bis 31. Oktober 2026:
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag und Sonntag von 13 bis 18 Uhr**

**Kostenlose Führung ab Mai:
jeden 1. Sonntag im Monat (im April am 12.04.2026) ab 15 Uhr
Eine Anmeldung ist nicht notwendig. Der Eintritt ist frei.**



Bild: Gesche Wüffel

Der „Schwerbelastungskörper“ zeugt bis heute von den größtenwahnsinnigen Bauvorhaben, die während des Nationalsozialismus für Berlin geplant waren. Unter der Leitung des Generalbauinspektors Albert Speer, dem Architekten Adolf Hitlers, begann ab 1937 die Planung einer umfassenden Neugestaltung der Stadt. Nach Hitlers Vorstellung hätten zwei Magistralen, die so genannte „Ost-West-Achse“ und die „Nord-Süd-Achse“, die neue „Welthauptstadt“ wie ein Kreuz durchschnitten. Am Ende der Nord-Süd-Achse – einer rund 7 Kilometer langen und 120 Meter breite Prachtstraße – war ein gewaltiger Triumphbogen geplant, der alle bisherigen baulichen Dimensionen Berlins gesprengt hätte.

Seite B 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

Im Jahr 1941 wurde in unmittelbarer Nähe zu dem geplanten Triumphbogen ein Bauwerk zur Prüfung der Tragfähigkeit des Bodens errichtet – unter Einsatz von Zwangsarbeit. Der so entstandene Schwerbelastungskörper, ein zylindrischer Druckkörper aus massivem Beton, hat einen Durchmesser von 21 Metern. Er reicht 14 Meter in die Höhe und 18 Meter in die Tiefe und sollte später nicht abgerissen, sondern der Boden aufgeschüttet und die Straße über ihn geführt werden. Die Nord-Süd-Achse wurde in der geplanten Form nie realisiert. Geblieben ist – wie ein mahnendes Relikt – der zwölftausend Tonnen schwere Betonkörper.

Wichtige Sicherheitshinweise:

Beim Betreten des Geländes bitten wir Sie, auf Unebenheiten, ungesicherte Vertiefungen und hervorstehende Bauelemente zu achten. Wir empfehlen das Tragen von festem Schuhwerk. Teile des Geländes sind aus Sicherheitsgründen abgesperrt. Das Innere des Schwerbelastungskörpers ist über einen Fußgängertunnel zugänglich. Bitte folgen Sie den Sicherheitsanweisungen des Aufsichtspersonals. Das Tragen eines Helms ist für die Dauer der auf dem Gelände stattfindenden Sanierungsarbeiten verpflichtend. Helme werden am Eingang ausgehändigt.

Kontakt:

Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christiane Elfi Rückert

- Tel.: [\(030\) 90277-6227](tel:030902776227)

Presse-museum@ba-ts.berlin.de

03) Sanierung des Rathauses Schöneberg gesichert

Pressemitteilung Nr. 118 vom 25.03.2026

Bezirksstadträtin Eva Majewski Sparacino erklärt:

„Die Sanierung des Rathauses Schöneberg ist gesichert! Dank dem Senat, der das Rathaus in die Investitionsplanung aufgenommen hat, können wir das Rathaus mit 147 Millionen Euro sanieren und ausbauen. Ein großer Erfolg für meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Hochbau, die diese Maßnahme mühevoll vorbereitet und angemeldet haben.“

Das Rathaus Schöneberg ist ein historisches Gebäude mit einem hohen Sanierungsbedarf, der dem Bezirksamt seit Langem bekannt ist.

Nach der Rückgabe des Rathauses Schöneberg an den Bezirk Mitte der 1990er Jahre und der dann folgenden, langjährigen Sparpolitik fehlten die Bauunterhaltungsmittel, um das Gebäude adäquat zu erhalten. Lediglich kleine Investitionen, wie eine provisorische Datenverkabelung (die z.T. noch heute in Nutzung ist), wurden 1994/95 mit einer Anschubfinanzierung des Senats durch den Bezirk umgesetzt.

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat seit 2011 Sanierungsmaßnahmen ergriffen, um die Betriebssicherheit des Hauses zu gewährleisten. Damit wurden die gravierenden Brandschutzdefizite des Rathauses Schöneberg ausgeräumt. Hierzu wurden 32 Millionen Euro aus bezirklichen Mitteln in Teilsanierungen investiert. Die gravierenden Brandschutzdefizite wurden mit dem Einbau einer modernen Brandmeldeanlage im gesamten Haus und einer Wassernebelanlage in den Veranstaltungsbereichen beseitigt. In diesem Zusammenhang wurde in den Fluren eine energieeffiziente, tageslicht- und

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

präsenzgesteuerte LED-Beleuchtung eingebaut und ein Teil der Büroräume saniert. Dennoch reichen die bezirklichen Eigenmittel bei Weitem nicht aus, die noch ausstehenden Sanierungen weiterzuführen. Daher wurde in einem mehrjährigen Planungsprozess ein Sanierungsgutachten erstellt und mit Kosten unterlegt. Dieses Sanierungsgutachten wurde 2025 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen geprüft und die Kosten bestätigt. Der verbleibende Sanierungsstau beläuft sich danach auf 147 Millionen Euro und ist mit Senatsbeschluss von 2. September 2025 bereits konkret in der Investitionsplanung des Landes Berlin mit sechs Teilmaßnahmen verankert.

Die ersten beiden Teilmaßnahmen sind mit insgesamt 75,9 Millionen Euro für die Sanierung der restlichen Büroflächen und die Sanierung bzw. den Ausbau des Dachgeschosses vorgesehen und werden aktuell von der bezirklichen Baudienststelle vorbereitet. Da die Sanierungen im laufenden Betrieb durchgeführt werden, wird die Gesamtanierung mindestens 14 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen.

Bis dahin muss die veraltete Technik des Hauses in Betrieb gehalten werden. Dies wird durch die bezirkliche Baudienststelle mit großem Engagement sichergestellt. Dennoch wird es, wie in der Vergangenheit auch, immer wieder kurzfristige Ausfälle geben, da die Betriebssicherheit der technischen Anlagen mit steigendem Alter immer weiter abnimmt und Havarien nicht ausgeschlossen werden können.

Mit der Aufnahme in das Investitionsprogramm des Landes Berlin ist jetzt sichergestellt, dass das symbolträchtige Gebäude mittelfristig vollständig saniert wird und den Berlinerinnen und Berlinern auch in Zukunft erhalten bleibt.

Hintergrund: Der Zustand des Rathauses Schöneberg, hier insbesondere der Sanierungsstau des denkmalgeschützten Gebäudes wird aktuell in Presse und Rundfunk thematisiert. In der Außendarstellung erscheint es so, als sei dem Bezirk der Zustand des Gebäudes erst seit kurzem bekannt und es gäbe keine Aussicht auf Besserung.

Kontakt:

Büro der Bezirksstadträtin Eva Majewski Sparacino

- Tel.: [\(030\) 90277-2261](tel:030902772261)

stadtfm@ba-ts.berlin.de

04) Gedenktafel für den verfolgten Wissenschaftler und Herausgeber Dr. Arnold Berliner enthüllt

Pressemitteilung Nr. 115 vom 25.03.2026

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Dr. Stefan L. Wolff enthüllen die neue Gedenktafel.

Die Gedenktafel für den von den Nationalsozialisten verfolgten Physiker Dr. Arnold Berliner wurde am 24. März 2026 im Beisein von Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann an der Ecke Kurfürstenstraße / Derfflingerstraße mit Blick in die Kielganstraße enthüllt. Sie wurde mit einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg initiiert. Berliner gründete 1913 die Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“, die heute als „The Science of Nature“ zu den bekanntesten naturwissenschaftlichen Zeitschriften der Welt zählt. Trotz seines bedeutenden Beitrags für die Wissenschaftskommunikation ist Arnold Berliner in der breiten Öffentlichkeit bisher kaum bekannt.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Dr. Stefan L. Wolff enthüllen die neue Gedenktafel

Arnold Berliner, geboren 1862, gründete 1913 die Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“, die vom Julius Springer Verlag publiziert wurde. Die Wochenschrift informierte im deutschen Sprachraum über ein breites Spektrum der Naturwissenschaften und bot die Möglichkeit, neue Erkenntnisse rasch und fächerübergreifend bekannt zu machen. Der Erfolg der Publikation beruhte vor allem auf Arnold Berliners Engagement und seinen persönlichen Kontakten. Fortwährend gewann er bedeutende Forschungspersönlichkeiten für neue Beiträge. Ab 1924 war die Zeitschrift offizielles Organ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Zeitschrift und sein großes interdisziplinäres Netzwerk machten Arnold Berliner zu einer zentralen Figur der deutschen Wissenschaft im 20. Jahrhundert.

Seite B 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

Ab 1933 versuchte Berliner, der zunehmenden nationalsozialistischen Diffamierung seiner Arbeit entgegenzutreten. 1935 gab der Julius Springer Verlag dem politischen Druck nach und entließ den Herausgeber, weil er als Jude galt. Arnold Berliner durfte das Verlagsgebäude nicht mehr betreten und konnte das von ihm begonnene Werk nicht mehr begleiten. Die zunehmenden Ausgrenzungen und Diskriminierungen raubten ihm seine Schaffenskraft sowie seinen Lebenswillen. Als ihm zuletzt seine Wohnung in der Kielganstraße 5 weggenommen werden sollte, flüchtete sich Dr. Arnold Berliner am 22. März 1942 in den Tod.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Es ist an der Zeit, Arnold Berliner in dem Bezirk, in dem er lebte, angemessen zu ehren. Seine Verdienste für die Wissenschaft und sein tragisches Schicksal dürfen nicht in Vergessenheit geraten.“

Die Veranstaltung wurde von Dr. Stefan L. Wolff, Wissenschaftler beim Deutschen Museum München und Mitglied der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, mitgestaltet. In seinem Vortrag würdigte er nicht nur den wissenschaftlichen und publizistischen Lebensweg Arnold Berliners, sondern betonte auch dessen Leidenschaft für Kultur und Musik. Die Veranstaltung wurde musikalisch umrahmt von Kompositionen Gustav Mahlers, der ein enger Freund Arnold Berliners war.

Kontakt:

Büro des Bezirksbürgermeisters
Pia Reinhardt

- Tel.: [\(030\) 90277-6451](tel:030902776451)
- Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de

05) Frisch getauft: Die Grünanlage am Innsbrucker Platz heißt nun Erna-Proskauer-Park

Pressemitteilung Nr. 114 vom 25.03.2026

Bezirksstadträtin Dr. Ellenbeck mit Teilnehmenden bei der feierlichen Benennung des Erna-Proskauer-Parks



Bild: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg/Marlena Handels

Am Montag, den 23. März 2026, wurde die Grün- und Erholungsanlage am Innsbrucker Platz in **Erna-Proskauer-Park** benannt. Bei frühlingshaftem Wetter nahmen rund 30 interessierte Besucher an dem Festakt teil, darunter Familienangehörige, Pressevertreter und Bezirksverordnete. Dr. Sabine Berghahn, Biografin von Erna Proskauer, berichtete den Anwesenden aus der Vita der geehrten Juristin.

Die Benennung geht auf einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom 25. August 2021 zurück. Mit der konsequenten Um- und Neubenennung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen nach Frauen setzt sich das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg für die Würdigung von Frauen in Gesellschaft, Kultur und Geschichte ein.

Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck:

„Mit der Benennung dieses Parks nach Erna Proskauer ehren wir eine Frau, die für die Anerkennung erlittenen Unrechts stand – und setzen zugleich ein Zeichen dafür, Frauen und ihre Beiträge zu Gesellschaft und Geschichte stärker im öffentlichen Raum zu verankern.“

Seite B 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

Dr. Sabine Berghahn (Biografin von Erna Proskauer):

„Der Park ist nach einer bewundernswerten Frau, Jüdin, Emigrantin und Remigrantin benannt worden, die nach Berlin, ins Land der Täter, zurückkehrte und es doch nicht bereut hat.“

Erna Proskauer – Leben und Wirken

Erna Proskauer geb. Aronsohn (1903 bis 2001) war Juristin und Schönebergerin. Gemeinsam mit ihrem Ehemann Max Proskauer lebte sie ab 1930 in der Schwäbischen Straße 3. Sie schloss 1931 ihre juristische Ausbildung mit dem zweiten Staatsexamen ab und strebte als Gerichtsassessorin eine Karriere als Richterin an. Aufgrund des nationalsozialistischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und ihrer jüdischen Herkunft wurde Erna Proskauer im April 1933 jedoch erst beurlaubt und im Juli 1933 schließlich aus dem Staatsdienst entlassen. Noch im selben Jahr emigrierte sie mit dem Ehemann zunächst nach Frankreich und im darauffolgenden Jahr nach Palästina.

1953 kehrte Erna Proskauer nach West-Berlin zurück. Sie ging fest davon aus, ihre juristische Laufbahn als Richterin fortsetzen zu können, ihr Antrag wurde jedoch abgelehnt. Sie klagte dagegen, verlor aber 1956 in letzter Instanz. Die diskriminierende Begründung lautete, dass sie aus beamtenrechtlichen Gründen „als verheiratete Frau“ nicht in den Justizdienst aufgenommen worden wäre.

Daraufhin arbeitete sie ab 1957 als Anwältin und unterstützte Opfer des Nationalsozialismus bei Entschädigungsanträgen. 1962 wurde sie zusätzlich zur Notarin bestellt. Für ihr Engagement erhielt sie 1995 das Bundesverdienstkreuz.

Kontakt:

Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz

Dr. Saskia Ellenbeck

- Tel.: [\(030\) 90277-6001](tel:030902776001)

06) Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann fordert Bürokratieabbau für Demokratieprojekte

Pressemitteilung Nr. 111 vom 23.03.2026

„Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“ (Oskar Negt). Umso wichtiger sind starke Programme der Demokratieförderung, die Orientierung geben, politische Bildung ermöglichen sowie Rechtsextremismus und jeder Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wirksam vorbeugen.

Die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums geförderte Partnerschaft „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg – Demokratie leben!“ unterstützt seit 2019 zivilgesellschaftliche Initiativen im Bezirk. Mit niedrigschwelligen Projekten, Bildungsangeboten und kulturellen Formaten stärkt sie die demokratische Kultur vor Ort – getragen von engagierten Menschen aus der Mitte der Gesellschaft.

Seite B 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

Doch neue bürokratische Vorgaben auf Bundesebene gefährden zunehmend die Wirksamkeit dieser Arbeit. Sowohl die Partnerschaften für Demokratie als auch die zahlreichen Initiativen, die vor Ort Projekte umsetzen, sehen sich mit wachsenden Dokumentationspflichten, komplexeren Antragsverfahren und verschärften Kontrollauflagen konfrontiert. Ressourcen, die eigentlich in Bildungsarbeit und Prävention fließen sollten, werden so zunehmend durch die Bürokratie gebunden. Für kleinere Träger wird die Umsetzung von Projekten dadurch unnötig erschwert oder sogar unmöglich.

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und der Träger Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg, die gemeinsam die bezirkliche Partnerschaft für Demokratie umsetzen, warnen vor den Folgen dieser Entwicklung: Engagement wird ausgebremst, Vertrauen untergraben und demokratische Teilhabe geschwächt.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann erklärt:

„Statt immer neuer Hürden braucht es endlich einen echten Bürokratieabbau im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Was wir derzeit erleben, ist ein wachsendes Misstrauen gegenüber genau den Initiativen, die unsere Demokratie tagtäglich stärken. Diese Misstrauenskultur ist fehl am Platz. Wer demokratisches Engagement will, muss es ermöglichen – nicht behindern. Die engagierte Zivilgesellschaft ist kein Risiko, sondern das Fundament unserer Demokratie.“

Kontakt:

Beauftragter gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Michael Sulies

- Tel.: [\(030\) 90277-6579](tel:030902776579)

gegen_rechtsextremismus@ba-ts.berlin.de

07) Neue Tafel am Park am Gleisdreieck informiert zur Rolle der Ofenbaufirma H. Kori GmbH im Holocaust

Pressemitteilung Nr. 110 vom 23.03.2026

Lokalhistoriker Norbert Peters und Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann enthüllen die neue Gedenktafel.

Am 20. März 2026 weihte Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann eine neue Informationstafel am Rande des Parks am Gleisdreieck ein. Die Tafel nahe der Dennewitzstraße erinnert an die Ofenbaufirma H. Kori GmbH, die während der NS-Zeit eine zentrale Rolle bei der Ausstattung der Krematorien in den Konzentrations- und Vernichtungslagern spielte. Die Tafel wurde mit einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg initiiert.



Lokalhistoriker Norbert Peters und Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann enthüllen die neue Gedenktafel.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Die Geschichte der Firma H. Kori zeigt, dass nicht nur politische Entscheider, sondern auch Handlanger und Mitläufer die Geschichte prägen. Es ist daher auch in diesen Tagen wieder wichtig, genau hinzusehen, zu prüfen und zu hinterfragen, um nicht Gefahr zu laufen, sich der Mittäterschaft schuldig zu machen. Indem wir uns den dunklen Kapiteln unserer Geschichte stellen, können wir für die Gegenwart lernen und hoffentlich verhindern, dass sich solche Gräueltaten wiederholen.“

Die Besuchenden der Veranstaltung am Freitagnachmittag folgten interessiert den Ausführungen des Lokalhistorikers Norbert Peters, der ehrenamtlich zur Geschichte des Stadtraums zwischen Yorckstraße und Anhalterbahnhof forscht und umfangreich Auskunft über die Firmengeschichte von Kori gab. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung von Schülern der Studienvorbereitung der bezirklichen Leo Kestenberg Musikschule.

Geschichte der Ofenbaufirma H. Kori GmbH

Die Dennewitzstraße 35 war von 1905 bis in die 1970er Jahre der Firmensitz der H. Kori GmbH. Ab 1939 entwickelte sich das Unternehmen zu einem wichtigen Partner des nationalsozialistischen Regimes. Zunächst lieferte Kori Öfen für sechs Krankenmordstätten, in denen Menschen mit geistigen, psychischen oder körperlichen Beeinträchtigungen ermordet wurden. Später wurden die Öfen in rund 20 Konzentrations- und Vernichtungslagern installiert, um die Spuren des Genozids zu beseitigen.

Seite B 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 870 vom 02.04.2026

Nach 1945 integrierte sich die Firma nahtlos in die westdeutsche Wirtschaft und stellte Heizungs- und Lüftungsanlagen her. Erst 1962 wurde die Mittäterschaft des Unternehmens in der Publikation „Wir haben es gesehen“ öffentlich thematisiert. Die anschließende Debatte blieb jedoch folgenlos. In den 1970er Jahren zog die Firma nach Neukölln, 1999 meldete sie Insolvenz an und wurde 2012 aus dem Handelsregister gelöscht.

Kontakt:

Büro des Bezirksbürgermeisters

Pia Reinhardt

- Tel.: [\(030\) 90277-6451](tel:030902776451)

Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de

08) Tempelhof-Schöneberg errichtet eine Gedenktafel für Dr. Arnold Berliner

Pressemitteilung Nr. 082 vom 06.03.2026

Dem Gründer der Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“ gewidmet

Das Bezirksamt lädt die Bürger sowie die Vertreter der Presse herzlich zur Einweihung der Gedenktafeln für Dr. Arnold Berliner in Tempelhof-Schöneberg ein:

Gedenktafel für Dr. Arnold Berliner

Die Einweihung findet statt

am Dienstag, 24. März 2026

von 16:00 Uhr bis 16:30 Uhr

mit Beginn in den Räumen der Lukas-Gemeinde, Kurfürstenstraße 133, 10785 Berlin.

Das Bezirksamt wird auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg eine Gedenktafel aufstellen lassen, um den Physiker und Herausgeber Dr. Arnold Berliner zu würdigen. Er gründet 1913 im Julius Springer Verlag die Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“, heute weltbekannt als „The Science of Nature“. 1935 wurde er entlassen und durfte das Verlagsgebäude nicht mehr betreten, weil er als Jude galt. Als ihm zuletzt seine Wohnung in der Kielganstraße 5 weggenommen werden sollte, flüchtete sich Dr. Arnold Berliner am 22. März 1942 in den Tod.

Die Gedenktafel wird an der Ecke Kurfürstenstraße / Derfflingerstraße mit Blick in die Kielganstraße errichtet. Neben der feierlichen Enthüllung der Tafel vereint die Veranstaltung Grußworte des Bezirksbürgermeisters, einen Kurzvortrag zu Arnold Berliner von Dr. Stefan L. Wolff sowie musikalische Beiträge mit Werken von Gustav Mahler. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Kontakt

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Büro des Bezirksbürgermeisters

Pia Reinhardt

Telefon: +49 30 90277-6451

[E-Mail an Pia Reinhardt](mailto:Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de)

Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de

09) Neue Informationstafel zur Ofenbaufirma H. Kori GmbH

Pressemitteilung Nr. 081 vom 06.03.2026

[Tempelhof-Schöneberg macht Täterort am Park am Gleisdreieck sichtbar](#)

Das Bezirksamt lädt die Bürger sowie die Vertreter der Presse herzlich zur Einweihung einer neuen Informationstafel in Tempelhof-Schöneberg ein:

Informationstafel zur Ofenbaufirma H. Kori GmbH

**Die Einweihung findet statt
am Freitag, 20. März 2026
von 15:30 Uhr bis 16:00 Uhr
in der Dennewitzstraße Ecke Kurfürstenstraße in 10783 Berlin.**

Die Firma Kori entwickelte sich ab 1939 zu einem Partner des nationalsozialistischen Regimes und installierte in vielen Konzentrationslagern Öfen, welche die Spuren des millionenfachen Massenmords beseitigten. Die neue Informationstafel, die das Bezirksamt auf Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg aufstellen wird, macht die Geschichte der Dennewitzstraße 35 nun wieder sichtbar und mahnt so vor einer Wiederholung der Gräueltaten.

Die Veranstaltung am Park am Gleisdreieck verbindet die Enthüllung der Informationstafel mit einem Grußwort des Bezirksbürgermeisters und einem Kurzvortrag von Herrn Norbert Peters, der ehrenamtlich die Geschichte des Gleisdreiecks erforscht.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

[Kontakt](#)


Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Büro des Bezirksbürgermeisters
Pia Reinhardt
[E-Mail an Pia Reinhardt](mailto:Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de)

[**Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de**](mailto:Pia.Reinhardt@ba-ts.berlin.de)

Telefon: +49 30 90277-6451

Ausgewählte Pressemitteilungen von „paperpress“ zu BR Deutschland,
Schwerpunkt Berlin (Seiten B 19 – B 46)

01) KW 13 (23.03. bis 29.03.2026). Von Ed Koch



Nr. 647-33 28. März 2026 51. Jahrgang

KW 13

Den Rückblick auf die zu Ende gehende Kalenderwoche gibt's diesmal einen Tag früher, weil sich der Autor auf den Weg nach Hamburg zum Klaus-Hoffmann-Geburtstagskonzert macht. Das erste Konzert der 75-Jahr-Feier fand gestern Abend in der Berliner Philharmonie statt. Zusammenfassung: Großartig!

Einer der berühmtesten Sätze der deutschen Nachkriegsgeschichte ist zweifelsohne dieser: **„Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“** Im Original ausgesprochen am 9. November 1989 von **Günter Schabowski** auf einer Pressekonferenz, die die Welt verändert hat, vor allem Deutschland, in besonderer Weise Berlin. Die Mauer fiel schneller als sie am 13. August 1961 aufgebaut worden ist.

Der Satz, der tausendfach kolportiert wurde und immer noch verwendet wird, wenn irgendjemand fragt, ab wann etwas gelte, **„sofort, unverzüglich!“**, steht natürlich nicht auf dem Spickzettel, den Schabowski für seine Pressekonferenz handschriftlich vorbereitet hatte. Dennoch ist er ein historisches Dokument. Das Haus der Geschichte in Bonn hatte ihn für 25.000 Euro 2014 erworben. Aber von wem? **BILD** wollte es wissen. Das Museum weigerte sich elf Jahre lang, den Namen preiszugeben. **BILD** hatte geklagt und in zwei Instanzen Recht bekommen. Am 24. März knickte das Museum ein und nannte die Verkäufer.

„Der sogenannte Erstverkäufer war Thomas Schalck-Golodkowski (69), der Sohn von DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski (+82). Der Sohn des berühmten Vaters wiederum verkaufte das historische Dokument an den ehemaligen DDR-Bürger Uwe Krüger. Von ihm kaufte das Museum das historische Dokument im Jahr 2014.“ Das ist wirklich ein dicker Hund. Ausgerechnet Schalck-Golodkowskis Sohn machte noch ein Geschäft nach dem Fall der Mauer.

Übrigens: **„Zur Abwehr der Auskunftsansprüche von BILD und eines Antrags auf Akteneinsicht nach dem Informationsfreiheitsgesetz gab die Stiftung Haus der Geschichte unglaubliche 121.142 Euro für Anwälte aus.“** Für diesen Betrag hätte das Museum den Zettel fünfmal erwerben können. Wie viel **BILD** für ihre Anwälte zahlen musste, erfahren wir nicht.

Zitate der Woche

„Ja, ich habe kommunikative Fehler gemacht und möchte mich dafür bei allen Berlinerinnen und Berlinern entschuldigen. Es tut mir aufrichtig leid.“ Kai Wegner in einem Gespräch mit der **BZ**.

Arnulf Rating am 24.03.2026 anlässlich einer Gedenkveranstaltung für **Holger Klotzbach** zur **rbb-Abendschau**. **„Klotzbach war ein Macher, im Gegensatz zum Kulturstaatsminister, der den Verfassungsschutz bemüht, der nicht begriffen hat, dass die Kultur die Gesellschaft in die richtige Verfassung bringt.“**

„Kann schon sein, dass er damals bei uns in der Klasse war. Aber ich erinnere mich nicht an ihn.“ Das sagte die berühmt gewordene **Eva**, über den Besuch von **Manuel Hagel** in ihrer Schule vor acht Jahren **BILD**. **„Sie hieß Eva. Braune Haare, rehbraune Augen“**. Bei einer Vor-Ort-Recherche in Ehingen haben Reporter der Boulevardzeitung **Evas Tante** ausfindig gemacht und einen Kontakt zu der ehemaligen Schülerin hergestellt. **BILD** findet jeden. Nicht bekannt ist, wen Eva am 8. März gewählt hat.

Was noch?

In dieser Woche wäre die Schwarz-Rote Koalition in Berlin fast am Ende gewesen. So jedenfalls bewertet die **Berliner Morgenpost** die Abstimmung in der CDU-Fraktion zur Ausbildungsplatzumlage. Nach Informationen der Zeitung haben nur 26 Fraktionsmitglieder zugestimmt. Von den 52 Mitgliedern haben ohnehin nur 42 teilgenommen. Die Berliner Wirtschaft ist strikt gegen diese Umlage, die bei genauer Betrachtung einer Abgabe gleichkommt.

Auch ohne Zwang haben die Unternehmen 1.300 zusätzliche Ausbildungsverträge abgeschlossen. Dass sie damit 700 unter dem Ziel von 2.000 lagen, rechtfertigt nicht, ein bürokratisches Regelwerk zu installieren. Das Ziel konnte vor allem deshalb nicht erreicht werden, argumentiert die Wirtschaft, weil es nicht genügend qualifizierte Bewerbungen gibt. Hätte es in der CDU-Fraktion keine Mehrheit gegeben, wäre das wohl, nach Einschätzung der **Morgenpost**, das Ende der Koalition gewesen. **„Ein halbes Jahr vor der Wahl kommt der schwarz-rote Senat seinem Ende näher.“**, schreibt das Blatt.

Noch was?

Ja, natürlich. Die Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben Union und SPD regelrecht beflügelt, nun alle möglichen Reformen umsetzen zu wollen. Waren die nicht ohnehin geplant? **Lars Klingbeil** hielt eine Grundsatzrede mit für den Normalbürger verwirrenden Ankündigungen. Was man verstehen konnte, wenn man wollte, war, dass alles besser wird und die kleine Frau und der kleine Mann mehr Geld bekommen sollen. Möglichst finanziert durch die Reichen, was mit **Friedrich Merz** und **Markus Söder** nicht einfach werden wird.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Untergangsstimmung

In der **Berliner Zeitung** erschien in dieser Woche ein großer Beitrag unter dem Titel *Personaldebatte*. „SPD und FDP suchen Konkursverwalter: Pistorius und Strack-Zimmermann können nur noch das Licht ausknipsen. Die Personaldebatte nimmt Fahrt auf bei den großen Wahlverlierern der letzten Landtagswahlen im Südwesten. SPD und FDP wollen sich erneuern, wissen aber nicht wie.“

Dass der „Author“ dieses Artikels, **Boban Dukic**, die erkennbar sterbende FDP in Zusammenhang mit der SPD setzt, ist gewagt. Ebenso die Frage, ob **Boris Pistorius** die SPD retten kann. Natürlich nicht. **Lars Klingbeil** und **Bärbel Bas** müssen sich selbst an ihren Schöpfen aus dem Elend ziehen. Dukic behauptet: „Wir erleben derzeit den Untergang zweier Traditionsparteien, in denen die politische Statik nicht nur knirscht, sondern das gesamte Gebilde unter der Last der eigenen Bedeutungslosigkeit zusammenzubrechen droht.“ Einen Fun Fact am Rande, der auch dem Autor dieses Beitrages unangenehm auffiel, beschreibt Dukic wie folgt: „Dass **Bärbel Bas** im ZDF über einen Neustart referierte, während passenderweise der Ton ausfiel, ist dabei ein technisches Malheur mit Symbolkraft.“ Noch beeindruckender war die Tontechnische Leistung des ZDF am Wahlabend beim Gespräch mit **Alice Weidel**, als diese plötzlich mit Hall zu hören war. Beängstigend.



Foto: Berliner Zeitung

Immerhin ist dem Journalisten der **Berliner Zeitung** aufgefallen, dass es bei der FDP noch katastrophaler als bei der SPD aussieht. „Für beide Parteien gilt: Wie lässt sich das Ruder umdrehen? Was könnte Abhilfe schaffen?“ Gute Frage.

FDP-Chef **Christian Dürr** und sein Vorstand machen schon mal den Weg frei für einen personellen Neuanfang. Ob „die selbsternannte Eurofighterin der Liberalen“ **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** von Brüssel und Straßburg aus die FDP retten kann, ist eher unwahrscheinlich. Dukic haut einen weiteren fetten Satz raus: „Was sich bei der SPD als schlechendes Siechtum darstellt, nimmt bei der FDP die Züge einer klinischen Obduktion am lebenden Objekt an.“ Auf jeden Fall will Strack-Zimmermann offenbar Parteivorsitzende werden. Was macht eigentlich **Wolfgang Kubicki**? Ohne den läuft doch normalerweise nichts in der FDP. **Christian Lindner**, übrigens, verfolgt keine Rückkehrabsichten. Beruhigend.

„In der Trümmerlandschaft der SPD sticht derzeit ein Name heraus, dem heroisches Retterpotenzial zugeschrieben wird: **Boris Pistorius**.“, schreibt Dukic. Ausführlich beschreibt er, warum das aber nichts werden kann. „Denn Beliebtheit allein ersetzt keine Strategie, und die Reste der Partei lassen sich auch nicht mit ein paar Sympathiepunkten zusammenfügen.“

Und wenn einem gar nichts mehr einfällt, tauchen immer wieder dieselben Fragen auf: „Wo sind die Erben von **Willy Brandt** oder der weltgewandte Geist eines **Helmut Schmidt**? Viele SPD-Wähler sehnen sich nach pazifistischen Inhalten und nicht nach einer Stahlhelm-Variante der Sozialdemokratie.“ Eines muss man **Boban Dukic** lassen, seine Beschreibungen sind satirereif.

Auch wenn ich die Verknüpfung von SPD und FDP in dem Artikel fragwürdig finde, so kommt man an bestimmten Beschreibungen nicht vorbei. Schlusssatz des Artikels: „Am Ende stehen wir vor zwei Scherbenhaufen. Eine personelle Erneuerung wird weder bei der SPD noch bei der FDP den Unterschied bringen, denn es gibt schlichtweg kein Personal mehr, das sowohl willens als auch fähig wäre, dieses Desaster zu verwalten.“

Das Letzte

Man ist ja wirklich bemüht, die Weltlage halbwegs verstehen zu wollen. Alles, was rund um den Iran-Krieg passiert, ist nicht mehr nachvollziehbar. Da behauptet **Donald Trump** doch tatsächlich, „Alle aus dem Regime sind getötet worden. Dadurch ergibt sich automatisch ein Regimewechsel.“ Ist das der Regimewechsel, der den Iranern versprochen wurde? Die neue Führung ist aus demselben Holz geschnitzt wie die alte.

Es gebe gute Gespräche mit Iran: „Wir haben sehr, sehr intensive Gespräche geführt“, erklärte Trump. „Wir werden sehen, wohin sie führen. Wir haben wesentliche Punkte der Übereinstimmung - Ich würde sagen, fast in allen Punkten.“ Dumm nur, dass der Iran diese Gespräche nicht bestätigt. Führt Trump inzwischen Selbstgespräche?

Wenn man, wie bei der Straße von Hormus, ein Ultimatum setzt, dann müssen die angedrohten Konsequenzen nach Ablauf eintreten, „sofort, unverzüglich.“ Trumps Behauptung, der Iran sei am Ende, gleicht dem Pfeifen im Wald. Solange das Regime Raketen auf Israel und die gesamte Region abfeuert, ist nichts vorbei. Wie Putin die Ukraine, hat auch Trump den Iran falsch eingeschätzt, zu unser aller Nachteil. Kommen Sie gut durch die KW 14.

Ed Koch

02) „Aktion T 4“. Gedenkstättenbesuch „Aktion T 4“ in Brandenburg. Der Verein „Das Rote Tuch e. V.“ lädt ein



Nr. 647-31

27. März 2026

51. Jahrgang

„Aktion T4“

Gedenkstättenbesuch „Aktion T 4“ in Brandenburg
Der Verein „Das Rote Tuch e.V.“ lädt ein

Der in Charlottenburg-Wilmersdorf beheimatete Verein „Das Rote Tuch e.V.“ engagiert sich seit Jahren gegen antidemokratische und neofaschistische Tendenzen und unterstützt alle zwei Jahre die Verleihung des seit 1978 von der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf ausgelobten antifaschistischen Jugendmedienpreises DAS ROTE TUCH.

Im Rahmen seiner Aufklärungsarbeit lädt der Verein am **Sonnabend, dem 18. April 2026**, zum Besuch der Gedenkstätte für die Opfer der „Euthanasie“-Morde in Brandenburg an der Havel ein. Der von den Nationalsozialisten organisierte rassistische Massenmord begann mit den Schwächsten in der Gesellschaft. Im Rahmen der sogenannten „Aktion T4“ wurden systematisch zehntausende behinderte sowie seelisch und psychisch kranke Menschen in Tötungsanstalten ermordet. Kranke und Behinderte wurden als „unwertes Leben“ oder „nutzlose Esser“ diffamiert; „erbkrankte“ Menschen zur Gefahr für den „deutschen Volkskörper“ stilisiert, deren Erbanlagen „ausgemerzt werden müssen“.

Unter dem verharmlosenden Begriff „Euthanasie“ (wörtlich: „Glücklicher Tod“) wurden im Rahmen der „Aktion T4“ erstmals massenhafte Morde in Gaskammern erprobt und praktiziert: Ein Wissen, das später in den NS-Vernichtungslagern aufgegriffen und vielfach vom gleichen Personal fortentwickelt werden sollte. In Brandenburg a.d. Havel wurde 1939 eine der sechs Mordstätten der „Aktion T4“ eingerichtet, in der etwa 9.000 Menschen den Tod fanden. Heute befindet sich dort die Gedenkstätte für die Opfer der „Euthanasie“-Morde.

Die Gedenkstättenfahrt startet am **18. April 2026 um 10.30 Uhr** am Hammarskjöldplatz/Messedamm (gegenüber dem Haus des Rundfunks). Nach dem geführten Besuch der Gedenkstätte ist ein kurzer Aufenthalt in Brandenburg geplant. Die Rückkehr zum Hammarskjöldplatz ist für spätestens 18.00 Uhr vorgesehen. Die Teilnahme ist kostenlos. **Anmeldungen bitte bis zum 31. März 2026 per E-Mail an rotes-tuch.ev@gmx.eu**

Weitere Informationen auf der Internetseite des Vereins [www.https://das-rote-tuch.de](https://das-rote-tuch.de)

Über den Verein Das Rote Tuch e.V.

Wir sind ein gemeinnütziger Verein.

Wir finanzieren uns aus unseren Mitgliedsbeiträgen.

Wir empfinden es als unsere Bürgerpflicht, antidemokratischen und neofaschistischen Tendenzen sowie Ausländerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und für die Akzeptanz von Minderheiten zu werben.

Dies betrachten wir als unser historisches Vermächtnis und eine immer wieder zu erneuernde Verpflichtung gegenüber der Zukunft unserer Kinder.

Daher hat sich DAS ROTE TUCH e.V. zum Ziel gesetzt:

Bildung, Information und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen über den Nationalsozialismus und seine Gräueltaten, Stärkung des demokratischen Verantwortungsbewusstseins, um demokratisches Handeln der jungen Generation zu unterstützen und damit zur Immunisierung gegen antidemokratische Bestrebungen in unserer Gesellschaft besonders im Umgang mit Minderheiten beizutragen, Förderung der Jugendarbeit, insbesondere durch die Unterstützung der Verleihung des Jugendmedienpreises DAS ROTE TUCH, Lesungen, Diskussions- und Gesprächskreise zu den Themen Faschismus, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz anzubieten.

Über die Aktion T4

Aktion T4 ist eine nach 1945 gebräuchlich gewordene Bezeichnung für den systematischen Massenmord mittels Giftgas an mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen sowie psychischen Erkrankungen innerhalb des Deutschen Reiches. Die Mordaktion dauerte von 1940 bis 1941 und stand unter Leitung der Zentraldienststelle T4, sie war Teil der Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus, denen bis 1945 über 200.000 Menschen zum Opfer fielen.



Foto: A.fedler / Wikipedia

„T4“ ist die Abkürzung für die Adresse der damaligen Zentraldienststelle T4 in Berlin: Tiergartenstraße 4.

Foto: Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße.

Neben rassenhygienischen Vorstellungen der Eugenik sind kriegswirtschaftliche Erwägungen während des Zweiten Weltkrieges zur Begründung der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ herangezogen worden. Gleichzeitig mit ersten kirchlichen Protesten wurden die Tötungen nach „Leerung“ ganzer Anstaltsteile von „Heil- und Pflegeanstalten“ (vor 1934 gewöhnliche Bezeichnung: „Irrenanstalt“) ab 1941 dezentral fortgesetzt. Von T4-Gutachtern selektierte KZ-Häftlinge wurden unter dem Aktenzeichen „14f13“ in die Vernichtung einbezogen. Die zwischen 1939 und 1945 organisierte Tötung von mindestens 5000 geistig und körperlich behinderten Säuglingen und Kleinkindern („Kindereuthanasie“) erfolgte in sog. Kinderfachabteilungen.

Weitere Informationen bei Wikipedia unter Aktion T4

03) Herzlichen Glückwunsch, Klaus Hoffmann. Von Ed Koch

Herzlichen Glückwunsch, Klaus Hoffmann!



Foto: Malene

Heute wird **Klaus Hoffmann** 75 Jahre alt. In Charlottenburg geboren, versuchte er sich nach der regulären Schulzeit als Groß- und Außenhandelskaufmann bei Klöckner Stahl. Während dieser Zeit, 1968 bis 1970, widmete er sich schon einem anderen Lebensziel. Er trat mit seiner Gitarre in den Berliner Clubs auf. Seinen Berufsabschluss hat er hinbekommen, wenn auch nicht mit großer Leidenschaft. 1970 fand seine legendäre Reise nach Afghanistan statt, und zurück in Berlin wurde er am Max-Reinhardt-Seminar als Schauspielschüler aufgenommen.



Mit Dieter Borsche im Stück *Equus* an der Berliner Volksbühne 1974.

Im selben Jahr war er an der **Berliner Volksbühne** in *Romeo und Julia* zu sehen. Die Karriere des Schauspielers startete in den nächsten Jahren durch.

Neben der Schaubühne war er auch im Hamburger Thalia Theater zu sehen. Es dauerte nicht lange, da sah man das junge Nachwuchstalente auch in Film- und Fernsehproduktionen, so etwa in **Ingmar Bergmans** „*Das Schlangenei*“ oder **Tom Toelles** „*Die Kameeliendame*.“



Einem breiten Publikum wurde er bekannt durch die Titelrolle in der Verfilmung von **Ulrich Plenzdorfs** „*Die neuen Leiden des jungen W.*“ Für diese Rolle wurde er mit dem „Bambi“ sowie der „*Goldenen Kamera*“ von Hörzu ausgezeichnet. (Foto links). 1976 war er in **Carl Zuckmayers** *Fastnachtsbeichte* im ZDF zu sehen. (Foto unten).



1977 folgte ein Auftritt, ebenfalls im ZDF, in dem Film *Der Weiburger Kadettenmord*. Links im Bild **Claus Theo Gärtner**, **Klaus Hoffmann** in der Mitte.

Während der Schauspielerei vernachlässigte er seine andere Leidenschaft, die Musik, nicht. Denn bereits 1975 erschien sein erstes Album „*Klaus Hoffmann*“. Ein Jahr später folgte „*Was bleibt?*“. Die ausnahmslos von ihm selbst geschriebenen Lieder des 1978er Albums „*Was fang ich an in dieser Stadt?*“ drehten sich überwiegend um seine – damals geteilte –

50 paperpress

seit 1976

Nr. 647-29

26. März 2026

51. Jahrgang

Heimatstadt Berlin. 1978 erhielt Hoffmann für seine Lieder den *Deutschen Kleinkunstpreis* in der Sparte Chanson. Die Auftritte als Schauspieler nahmen ab, dafür stand er immer öfter live mit Gitarre auf der Bühne. 1979 fand seine erste große, ausverkaufte Deutschland-Tournee statt. 1980 erhielt er den Deutschen Schallplattenpreis für die LP „Westend“. Seine Discografie zählt inzwischen 57 Alben. Und so ging seine Sängerkarriere immer weiter und dauert nun schon 51 Jahre.



Am 27. März 2011, einen Tag nach seinem 60. Geburtstag, feierte **Klaus Hoffmann** seinen runden Geburtstag im Berliner *Friedrichstadt-Palast* mit zahlreichen Wegbegleitern, allen voran **Reinhard Mey**. Weitere Gäste des über vierstündigen Konzerts, das

bereits Monate zuvor ausverkauft war, waren **Hannes Wader**, **Herman van Veen**, **Lydie Auvray**, **Romy Haag**, **Rolf Kühn** und **Robert Kreis**. Im selben Jahr trat er bei „Songs an einem Sommerabend“ auf, genauso wie auch 2014 und 2016.

Klaus verbindet eine enge Freundschaft mit dem Liedermacher **Reinhard Mey**, den er in seiner Autobiografie als seinen „Bruder“ bezeichnet. Mey schrieb anlässlich des 60. Geburtstags von **Klaus Hoffmann** sein *Lied Für Klaus*; beide Künstler haben diverse Lieder wie „Alle Soldaten woll'n nach Haus“, „Schenk mir diese Nacht“ sowie „Meine Zeit“ gemeinsam aufgenommen.



Klaus Hoffmann, Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler**, **Malene Steger**, und **Henning Hamann**, bei einer Ausstellungseröffnung zu seinen Ehren im *MedienPoint Tempelhof* am 22.03.2016.

Seit August 2001 ist Klaus mit seiner langjährigen Lebensgefährtin **Malene** verheiratet; als Trauzeugen fungierten **Hella** und **Reinhard Mey**. Am 1. Oktober 2019 wurde Klaus der Verdienstorden des Landes Berlin verliehen. Das Foto zeigt ihn mit dem damaligen Regierenden Bürgermeister **Michael Müller**.



Musikalisch gleichermaßen von amerikanischen Singer-Songwritern wie **Bob Dylan** sowie vom französischen Chanson und dem spezifischen Berliner Chanson in der Tradition von **Harald Juhnke** und **Hildegard Knef** beeinflusst, sind **Klaus Hoffmanns** Texte bestimmt von der Auseinandersetzung mit seiner Kindheit im kleinbürgerlichen Nachkriegs-Berlin (*Berlin, Was fang ich an in dieser Stadt?*, *Brett vorm Kopp*, *Der Boxer*, *Kreuzberger Walzer*, *Man vergisst nichts*, *Die Straßen von Berlin*, *Der König der Kinder*, *Hoffmann-Berlin*) sowie der Aufbruchstimmung der 68er-Generation, die sich gegen die Enge und Ängstlichkeit der Elterngeneration auflehnte (*Estaminet*, *Die Mittelmäßigkeit*, *Das alte Lied*, *Ein neuer Anfang*, *Sechseinhalb Uhr morgens*).



Klaus Hoffmann bei einem Auftritt in seinem zweiten Wohnzimmer, der *Bar jeder Vernunft*, am 22. November 2022.

Durchgehendes Motiv in Hoffmanns Liedern ist dabei der Konflikt zwischen der Wärme und der kindlichen Geborgenheit des Vertrauten auf der einen Seite sowie dem Aufbegehren angesichts der Möglichkeiten und Herausforderungen des Unbekannten, der nur über die Versöhnung mit der Widersprüchlichkeit der eigenen Geschichte und der Berlins gelöst werden

2

kann (*Sehen, Stille, Wenn du liebst, Wenn ich sing, Morjen Berlin, Berliner Sonntag, Wenn ich dich wiederseh, Ich glaub noch dran, Hier bin ich zu Haus*).

Klaus Hoffmann gilt als der führende deutsche Interpret des belgischen Chansonniers **Jacques Brel**, dessen Musik er als Zündfunken seiner Befreiung aus Elternhaus und Kleinbürgertum beschrieb. Bereits sein erstes Album (1975) enthielt Versionen der Brel-Titel *Ces gens-là* (So sind hier die Leute), *Amsterdam* und *Adieu Emile*, wobei er in zwei Fällen deutsche Textadaptionen von **Heinz Riedel** übernahm. Auch das Nachfolgealbum, *Was bleibt?* von 1976 enthielt zwei von Brel geschriebene Lieder, *Marike* und *Geh nicht fort von mir* (*Ne me quitte pas*). 1977 folgte das Live-Doppelalbum *Ich will Gesang, will Spiel und Tanz* mit all diesen Stücken und den beiden Brel-Songs *Mein Flandernland* (*Le plat pays*) und *Allein*.



Ermöglicht durch den Kontakt zu **Therèse Brel**, der Witwe **Jacques Brels**, begann Klaus 1996 mit der Arbeit an dem Musical *Brel – die letzte Vorstellung*. Darin blickt der sterbenskranke Brel auf sein Leben, indem er es durch seine Chansons –

gesungen in deutscher Übersetzung – Revue passieren lässt. Am 12. Juni 1997 fand die Premiere des Musicals im *Schillertheater* in Berlin statt. Im gleichen Jahr erhielt Hoffmann hierfür die „Goldene Europa“ für das „*Bühnenergebnis des Jahres*“. Am 9. Oktober 2008 trat er anlässlich des 30. Todestages von **Jacques Brel** mit seinem Programm im „*Maison Heinrich Heine*“ in Paris auf.



Foto: Lothar Duclos

Im Jahre 2000 erschien **Klaus Hoffmanns** erster Roman unter dem Titel „*Afghana*“, der Aufbruch und Reise des Protagonisten durch das Afghanistan der späten 60er, frühen 70er Jahre beschreibt. 2004

wurde sein zweiter Roman „*Der Mann, der fliegen wollte*“ veröffentlicht. Das Foto zeigt ihn und **Antje Vollmer** bei der Buchvorstellung. Im Februar 2011 erschien schließlich **Klaus Hoffmanns** dritter Roman „*Phillip und die Frauen*“, der wie die vorigen Romane stark autobiographische Züge aufweist.



Foto: Lothar Duclos

Seine Autobiografie mit dem Titel „*Als wenn es gar nichts wär*“ erschien im Oktober 2012, vorgestellt von **Frank-Walter Steinmeier** im Rahmen einer Veranstaltung im Renaissance-Theater.



Foto: **Klaus Hoffmann** bei dem von ihm kuratierten Programm *Neuhardenberger Sängertreffen* am 29. Juni 2024. Das 7. Sängertreffen auf der Kastanienwiese des Schlosses Neuhardenberg am 27. Juni 2026 wird das letzte in dieser Reihe sein.

Heute feiert **Klaus Hoffmann** seinen 75sten Geburtstag. Am 27. in der Philharmonie, am 28. in der Hamburger Laeishalle und am 29. März in Hannover, finden die Geburtstagskonzerte mit seiner Band statt. In Berlin werden **Reinhard May**, **Erika Pluhar**, **Lydie Auvray** und **Katharine Mehrling** dabei sein. Berlin ist ausverkauft, wenige Restkarten gibt es in Hamburg und Hannover.

50 paperpress

seit 1976

Nr. 647-29

26. März 2026

51. Jahrgang



Mit Harald Juhnke und Hildegard Knef Fotos: privat

Klaus Hoffmanns Konzerte sind Wohlfühlmomente, auch wenn es in den Texten keineswegs nur um die heile Welt geht. Klaus Hoffmann gehört zu Berlin wie der 25 Jahre ältere Funkturm.



Beim Konzert am 25. November 2024 in der Hamburger Laeishalle.

Mit den früheren Regierenden Bürgermeistern **Michael Müller** und **Klaus Wowereit** ist er befreundet. Und auch der Autor dieses Beitrages darf sich zu seinen Freunden zählen, und zwar seit 1967, als beide gemeinsam in der Berufsschule zu Groß- und

Außenhandelskaufleuten ausgebildet wurden. Beide kehrten danach dem Handel den Rücken zu, wele ein Verlust für die Marktwirtschaft.



15. Dezember 2014 Backstage nach einem Konzert im Friedrichstadtpalast.



Die Band: Michael Brandt, Walter Keiser, Peter Keiser, Nicolai Orloff, Klaus Hoffmann. 2025 München, Aufnahme zum aktuellen Album „Ich bin!“



Klaus Hoffmann und sein Pianist Nikolai Orloff am 14. September 2025 in der Bar jeder Vernunft.

Freuen wir uns auf viele weitere Konzerte mit **Klaus Hoffmann** und seiner wunderbaren Musik. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Fotos: Malene - Ed Koch - Archive / Textteile: Wikipedia

Alle Infos über Klaus Hoffmann unter:
www.stille.musik.de

04) Demokratieprojekte fördern – Zumutung. Von Ed Koch



Nr. 647-28

25. März 2026

51. Jahrgang

Demokratieprojekte fördern

Tempelhof-Schönebergs Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** (B90/Die Grünen) fordert den Bürokratieabbau für Demokratieprojekte. „*Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss*“ (**Oskar Negt**). Umso wichtiger sind starke Programme der Demokratieförderung, die Orientierung geben, politische Bildung ermöglichen sowie Rechts-Extremismus und jeder Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wirksam vorbeugen.



Die im Rahmen des Bundesprogramms „*Demokratie leben!*“ des Bundesfamilienministeriums geförderte Partnerschaft „*Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg – Demokratie leben!*“ unterstützt seit 2019 zivilgesellschaftliche Initiativen im Bezirk. Mit niederschweligen Projekten, Bildungsangeboten und kulturellen

Formaten stärkt sie die demokratische Kultur vor Ort – getragen von engagierten Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Foto: Laurence Chaperon

Doch neue bürokratische Vorgaben auf Bundesebene gefährden zunehmend die Wirksamkeit dieser Arbeit. Sowohl die Partnerschaften für Demokratie als auch die zahlreichen Initiativen, die vor Ort Projekte umsetzen, sehen sich mit wachsenden Dokumentationspflichten, komplexeren Antragsverfahren und verschärften Kontrollauflagen konfrontiert. Ressourcen, die eigentlich in Bildungsarbeit und Prävention fließen sollten, werden so zunehmend durch die Bürokratie gebunden. Für kleinere Träger wird die Umsetzung von Projekten dadurch unnötig erschwert oder sogar unmöglich.

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und der Träger Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg, die gemeinsam die bezirkliche Partnerschaft für Demokratie umsetzen, warnen vor den Folgen dieser Entwicklung: Engagement wird ausgebremst, Vertrauen untergraben und demokratische Teilhabe geschwächt.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** erklärt: „*Statt immer neuer Hürden braucht es endlich einen echten Bürokratieabbau im Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘. Was wir derzeit erleben, ist ein wachsendes Misstrauen gegenüber genau den Initiativen, die unsere Demokratie tagtäglich stärken. Diese Misstrauenskultur ist fehl am Platz. Wer demokratisches Engagement will, muss es ermöglichen – nicht behindern. Die engagierte Zivilgesellschaft ist kein Risiko, sondern das Fundament unserer Demokratie.*“

Quelle: Pressestelle Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Zumutung

Es ist unbestritten, dass öffentliche Gelder ordentlich beantragt und abgerechnet werden müssen. Der Paper Press e.V. hat viele Jahre lang Bildungsreisen, Gedenkstättenfahrten und Internationale Jugendbegegnungen veranstaltet. Für viele Projekte gab es Zuwendungen von allen möglichen staatlichen Stellen. So wurden über die Senatsjugendverwaltung Gelder aus der Lottostiftung für unsere Jugendreisen verwendet. Wir waren den Lottospielern immer sehr dankbar für ihren Einsatz.

Die Antragsverfahren waren noch einigermaßen überschaubar, das Abrechnungswesen hingegen sehr aufwendig. Dass es für jeden Cent einen Beleg geben muss, versteht sich von selbst. Besonders viel Spaß hat es gemacht, Fahrscheine, die wir für Exkursionen benötigten, von den Jugendlichen wieder einzusammeln und auf DINa4-Bögen aufzukleben.

Noch umfangreicher waren die Berichte, in denen alles aufgeführt werden musste, was während einer Reise passierte. Wir haben uns oft gefragt, ob sich das überhaupt jemand in den Prüfstellen durchliest. Große Bildungsträger mit hauptamtlichem Personal können das Antrags- und Abrechnungswesen sicherlich managen, kleine Träger, die allein mit Ehrenamtlichen arbeiten, kaum. Aber gerade die kleinen Träger mit nur zwei bis drei Projekten im Jahr sind wichtig für die Vielfalt und Individualität. Die viel beschworene Verwaltungsreform sollte sich darum kümmern. Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** hat vollkommen recht mit seiner Kritik. Statt einfacher wird es immer komplizierter.



Und nun kommt noch hinzu, dass der Eindruck entsteht, als gehe es um mehr als nur Verwaltungsfragen. Wenn man sieht, wie Kulturstaatsminister **Wolfram Weimer** agiert, wird einem ganz mulmig. Das riecht schon ein wenig nach Gesinnungsschnüffelei à la Trump. Jetzt müssen wir auch noch die Freiheit der Kultur gegen die Regierung verteidigen. **Arnulf Rating** sagte gestern anlässlich einer Gedenkveranstaltung für **Holger Klotzbach** der **rbb-Abendschau**, dass Klotzbach ein Macher gewesen sei, im Gegensatz zum Kulturstaatsminister, der den Verfassungsschutz bemühe, der nicht begriffen habe, dass die Kultur die Gesellschaft in die richtige Verfassung bringt.

Ed Koch

1

05) Sinneswandel. Von Ed Koch



Nr. 647-27

24. März 2026

51. Jahrgang

Sinneswandel

Kein Tennisspiel hat in jüngster Zeit deutschlandweit so viel mediale Aufmerksamkeit erregt wie das am 3. Januar 2026 von **Kai Wegner** und **Katharina Günther-Wünsch**. Während eines massiven Stromausfalls im Südwesten Berlins ging der Regierende Bürgermeister lieber zum Sport, anstatt sich am Ort des Anschlags sehen zu lassen. Seine Aussagen, was er alles von zu Hause aus unternommen habe, um die Krise zu bewältigen, sind weitestgehend in sich zusammengebrochen. Ein Fehlverhalten wollte er bislang nicht einräumen, und eine Entschuldigung kam erst recht nicht in Frage.

Nun der Sinneswandel in der **BZ** in einem Artikel von **Gunnar Schupelius**, berühmt-berüchtigt für seine Kolumnen „*Mein Ärger – Der gerechte Zorn.*“ Schupelius klingt in dem Artikel wenig verärgert und schon gar nicht zornig. *Auf die Frage, weshalb er denn nicht schon am Tage des Brandanschlags, sondern erst am nächsten Tag vor Ort bei den Helfern und Opfern erschien, sagt der Regierende ganz entschieden: „Da hätte ich niemandem geholfen, im Gegenteil, ich hätte die Arbeiten behindert, ich hätte nur gestört und Hilfsarbeiten unterbrochen.“* Niemand verlangt, dass ein Bürgermeister selbst den Spaten in die Hand nimmt, aber, durch persönliches Erscheinen am Ort des Geschehens zu bekunden, dass er sich kümmert und Anteil nimmt. Das ist ein wichtiges Zeichen, das andere Politiker bei ähnlichen und schlimmeren Vorgängen gesetzt haben.

Im Gespräch mit der **B.Z.** sagt Wegner jetzt: *„Ja, ich habe kommunikative Fehler gemacht und möchte mich dafür bei allen Berlinerinnen und Berlinern entschuldigen. Es tut mir aufrichtig leid.“* Aber: *Er habe nicht bewusst getäuscht, das will Wegner klarstellen. Und: „Ich habe meinen Job gemacht!“* Nun gut, nicht bewusst, aber zumindest fahrlässig. Dass er seinen Job gemacht haben will, lassen wir einmal dahingestellt. Immerhin hat er dem **Tagesspiegel**, der letzte Woche Zweifel an den Aktivitäten Wegners während der Krise belegte, noch seinen Anwalt auf den Hals gehetzt.

Schupelius bereitet Wegner den Weg: *„Am 3. Januar 2026, um 8.07 Uhr, bekam er die erste Nachricht von Innensenatorin **Iris Spranger**. Da war von 19.000 betroffenen Haushalten die Rede, die keinen Strom mehr bekämen, und dass am Abend gegen 18.30 Uhr der Schaden behoben sein werde. Vor diesem Hintergrund kommunizierte Wegner im weiteren Verlauf des Vormittags über Textnachrichten mit seinem Stab. Um 12.07 Uhr folgte der erste Lagebericht der*

*Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey**. Nun hatte sich die Zahl der betroffenen Haushalte auf 45.000 erhöht und es war unklar, wann der Strom wieder fließen würde.*

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte sich Wegner auf den Weg nach Lichterfelde machen müssen. Sein Kopf war aber inzwischen, wovon und womit auch immer, so voll, dass er ihn zwischen 13:00 und 14:00 Uhr beim Tennisspielen freibekommen musste.

Geradezu rührend beschreibt Schupelius die Vorgänge um den Brandanschlag und stellte alles, was Wegner tat, ins rechte Licht. *„Über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses ließ Kai Wegner Kontakt zu Brigadegeneral **Horst Busch** aufnehmen, um ihn für den Krisenstab zu gewinnen. Busch ist Kommandeur des Landeskommandos Berlin der Bundeswehr.“* *„Zusätzlich beriet sich Wegner mit der Polizeiführung und dem Innensenat. Dabei ging es auch um die Großschadenslage, die ein Regierender Bürgermeister allerdings nicht anordnen kann, sie muss durch die Innensenatorin ausgerufen werden.“*, was diese getan hat. *„Am frühen Abend nahm Wegner dann Kontakt mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesinnenministerium auf und nahm an der Sitzung des Berliner Krisenstabes teil.“*

Gegen Vorwürfe, zu wenig getan zu haben, wehrt er sich: „Es war eine emotional angespannte Situation. Aufgrund meiner Fehler in der Kommunikation ist ein Eindruck entstanden, den ich sehr bedauere. Tatsächlich habe ich mich mit aller Kraft um die Bewältigung dieser Krise gekümmert, als absehbar war, welche Dimension das annimmt.“

Im Programm von **radioeins** des rbb äußerten sich heute Mittag die Spitzenkandidaten der Linken und der Grünen. **Elif Eralp**, bezeichnete Wegners Entschuldigung als Wahlkampfmanöver. *„Was jetzt von ihm als kommunikativer Fehler abgetan wird, klingt nicht nach echter Einsicht, sondern nach Kalkül.“* Und **Werner Graf** warf Wegner vor, ungläubwürdig zu sein. *„Statt wirklich reinen Tisch zu machen und sich ehrlich an die Menschen in Berlin zu wenden, versucht **Kai Wegner** erneut, sich mit Kommunikationsfehlern herauszureden.“*

In Hörer-Kommentaren zur Sendung heißt es, neben kritischen Äußerungen u.a. auch: *„Entschuldigung angenommen, ich wähle Sie weiter!“* *„Ich verzeihe ihm, hab selbst auch schon mal Fehler begangen.“* *„Entschuldigung angenommen! man muss auch verzeihen können in diesen Zeiten der aufgehetzten Spaltung.“* Na, dann ist ja alles in Ordnung.

Ed Koch

1

06) Eine Bank und 7.001 Geschichten. Von Ed Koch

Eine Bank und 7.001 Geschichten

Normalerweise sind Bänke fest im Boden verankert, damit sie nicht umfallen oder geklaut werden. Anders ist es mit der **Diversity-Bank** auf dem **EUREF Campus**.



Foto: Ed Koch

Der Sinn dieser beweglichen Bank auf Rädern, von der **GASAG-Gruppe** gemeinsam mit der **EUREF AG** initiiert und am 2. März 2026 eingeweiht, ist es, über den Campus auf Wanderschaft zu gehen und dort stehen zu bleiben, wo sich Menschen ihre Geschichten erzählen wollen. Die Zahl 7.001 bezieht sich auf die Beschäftigten auf dem Campus.



Foto: EUREF AG

Vor ein paar Tagen trafen sich **Ursula Heinen-Esser**, Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare

Energie e. V., und EUREF-Gründer **Reinhard Müller** zum Austausch über Energie, Politik und Verantwortung auf der Bank. Ein Gespräch, das zeigt: Die Energiewende lebt von unterschiedlichen Perspektiven – und genau davon auch der Campus selbst.

Globale Krisen und lokale Resilienz

Mit Blick auf den Iran-Krieg sind sich beide einig: Die weltweite Lage verändert sich rasant. Deshalb müsse neben der CO₂-Reduktion stärker über Versorgungssicherheit gesprochen werden. Die längerfristige Sperrung der Straße von Hormus wäre eine enorme Belastung für die globale Energieversorgung. Auf dem EUREF-Campus jedoch zeigt sich, wie Resilienz funktionieren kann: Sowohl in Berlin als auch am EUREF-Campus Düsseldorf wird Energie aus lokalen erneuerbaren Quellen gewonnen – von Wind und Sonne bis zu Biomethan und Seewasser.

Erneuerbare Energien als wirtschaftlicher Faktor

Dass erneuerbare Energien nicht nur klimafreundlich, sondern auch wirtschaftlich sind, zeigt ein konkretes Beispiel: Laut aktueller Nebenkostenabrechnung zahlt der Bundesverband Erneuerbare Energie auf dem Campus für Heizen und Kühlen lediglich 1,11 € pro m² – deutlich unter dem marktüblichen Niveau von 2,50 – 3,00 € pro m². Möglich wird das durch energieeffiziente Gebäude, moderne Gebäudetechnik und ein automatisiertes Energiemanagement.

Mehr als Klimaschutz: Resilienz, Arbeitsplätze und Transformation der Energieversorgung

Für **Ursula Heinen-Esser** steht fest: Erneuerbare Energien sind heute weit mehr als Klimaschutz. Sie stehen für Resilienz, Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Stärke und über 400.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Gleichzeitig sei die aktuelle politische Phase entscheidend dafür, wie schnell der Ausbau weiter vorankommt. Sie betont zudem, wie wichtig konkrete Beispiele aus der Praxis sind – und begrüßt, dass Unternehmer wie **Reinhard Müller** mit Projekten wie dem EUREF-Campus Best Practices liefern und damit die Energiewende aktiv voranbringen.

Auch **Reinhard Müller** betont die Bedeutung der Transformation: Bereits heute stammen rund 50 Prozent des Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien, etwa 24 Prozent der gesamten Energieversorgung. Für ihn ist der Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energien alternativlos. **Ursula Heinen-Esser** schließt sich an und ergänzt, dass erneuerbare Energien nachweislich für stabile und langfristig niedrige Strompreise sorgen.

Der **EUREF-Campus Berlin** versteht sich dabei als Reallabor der Energiewende: Hier werden die Klimaziele der Bundesregierung für 2045 bereits seit 2014 erfüllt, auf dem **EUREF-Campus Düsseldorf** sogar von Beginn an. Mit einem innovativen Seewassernutzungskonzept wird dort aufgezeigt, wie rund 2.500 Auskiesungen in Nordrhein-Westfalen für eine thermische Energieversorgung genutzt werden könnten.

Gemeinsam die Energiewende gestalten

Am Ende ihres Gesprächs sind sich beide einig: Die Energiewende gelingt, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten. Oder wie sie es auf der Diversity-Bank formulieren: Wir sind ein Team. Vielleicht ist genau das eine dieser 7.001 Geschichten: Zwei Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven setzen sich auf eine Bank und sprechen über die Zukunft der Energie. Auf dem EUREF-Campus passiert das jeden Tag – denn hier arbeiten über 7.000 Menschen aus unterschiedlichsten Ländern, Unternehmen und Disziplinen gemeinsam an der Energiewende. Jede Begegnung bringt neue Ideen hervor. Jede Perspektive erweitert den Blick. Und jede dieser Begegnungen ist eine weitere Geschichte auf der Diversity-Bank. Fortsetzung folgt.

Quelle: EUREF AG

Auf die Bank

Eine Bank wie die auf dem EUREF-Campus sollte es bundesweit geben. **Bärbel Bas** und **Lars Klingbeil** sollten auf ihr ganz entspannt über die eigene und die Zukunft der SPD nachdenken. Danach **Friedrich Merz** und die SPD-Chefs zum Thema Zukunft der Koalition. Auch sollten sich Merz und **Markus Söder** mal zusammensetzen, denn der Nebenkazler aus München hat Probleme mit dem Synchronschwimmen.

Auch vor das Rote Rathaus gehörte so eine Bank. Kandidaten zum Platznehmen wären **Kai Wegner** und **Steffen Krach**. Soll es wirklich so weitergehen, dass sich beide als Hauptgegner im Wahlkampf sehen? Wollen wir Rot-Grün-Rot, in welcher Reihenfolge auch immer, zurückhaben?

Gestern kam ich an einem CDU-Info-Stand vorbei und bekam Werbematerial einschließlich eines Kugelschreibers des Bundestagsabgeordneten und Tempelhof-Schöneberger CDU-Kreisvorsitzenden **Dr. Jan-Marco Luczak** in die Hand gedrückt. Sie erinnern sich, dass ist der Politiker, der vergessen hat, in Mariendorf sein Plakat von der letzten Wahl abhängen zu lassen. Das ist übrigens nach Erscheinen des Hinweises in **paperpress** gleich am näch-

sten Tag passiert. Sehr gut. Natürlich habe ich nicht gefragt, ob dem Werbematerial ein Gutschein für eine Tennisstunde mit **Kai Wegner** beiliegt. So einen flachen Witz macht man nicht. Mit Blick auf das gute Ergebnis in Rheinland-Pfalz habe ich aufmunternd gesagt, „Na, zufrieden?“ Die Antwort: „Geht sol!“ Ach Du liebe Zeit, das klingt nicht nach Zuversicht. Braucht die Berliner CDU eine Therapiestunde auf der Bank? Die CDU sollte sich nicht zu schnell aufgeben. Es wird Zeit, dass sie wieder zu sich und in Tritt findet.



Grüne und Linke müssen sich nicht auf die Bank setzen, sie machen inzwischen so viel gemeinsam, dass ein Vereinigungsparteitag zu befürchten ist. Rechtzeitig vor der Wahl sollten sich allerdings **Steffen Krach** und **Raed Saleh** auf die Bank setzen. Im Mai werden **Steffen Krach** und **Bettina König**

zu neuen SPD-Vorsitzenden gewählt. Krach muss nach der Wahl deutlich machen, dass er das Sagen bei den Koalitionsverhandlungen hat und sich nicht von Saleh zwingen lässt, dessen Personaliste für den Senat abzuarbeiten. Foto: SPD Berlin

Mit **Bettina König** hat schon eine Saleh-Vertraute an Krachs Seite Platz genommen. Sie kommt aus dem mächtigen Kreisverband Reinickendorf, der fest an der Seite des Fraktionsvorsitzenden steht. **Jörg Stroedter** ist zwar nicht mehr Kreisvorsitzender, auch kandidiert er nicht wieder für das Abgeordnetenhaus, was ihn sicherlich nicht daran hindert, so viel Einfluss wie möglich zu nehmen. Zum Beispiel über seine Tochter **Laurence Stroedter**, die dem Kreisvorstand angehört und auch für das Abgeordnetenhaus auf dem relativ sicheren Platz Drei kandidiert. Für die ehemalige SPD-Vorsitzende **Nicola Böcker-Giannini** blieb auf der Liste kein Platz übrig. Sie muss ihren Wahlkreis direkt gewinnen, was unwahrscheinlich ist, denn zwischen 1999 (60,1%) und 2023 (41,1%) lag die CDU immer deutlich vor der SPD.

Beobachten wir also weiterhin mit großer Freude den Berliner Wahlkampf, der schon längst begonnen hat. Zwischendurch können wir uns ja auf der Bank ausruhen.

Ed Koch

07) Kopf ab. Von Ed Koch



Nr. 647-25

22. März 2026

51. Jahrgang

Kopf ab

So kann es gehen. Nichts mit Kopf-an-Kopf-Rennen in Rheinland-Pfalz, sondern am Ende Kopf ab. Letztlich betrug der Unterschied zwischen CDU (31) und SPD (25,9) satte fünf Prozent. Seit 1991 stellte die SPD die Ministerpräsidenten und war stets stärkste Kraft im Landtag, von **Rudolf Scharping** (1991-1994), über **Kurt Beck** (1994-2013) und **Malu Dreyer** (2013-2024) bis hin zu **Alexander Schweitzer**, dem nur zwei Jahre im Amt vergönnt waren. Seine politische Karriere ist nun beendet.

Nach 35 Jahren holt sich die CDU das Bundesland zurück, in dem sie seit 1946 den Ministerpräsidenten stellte, die bekanntesten darunter waren **Helmut Kohl** (1996-1976) und **Bernhard Vogel** (1976-1988).

Erwartungsgemäß hat sich die FDP mit 2,1 Prozent verabschiedet. Die Grünen haben es hingegen mit 7,9 Prozent geschafft, Linke (4,4) und Freie Wähler (4,2) sind knapp gescheitert. So wie es gegen 23:00 Uhr aussah, hat die AfD 19,5 Prozent erreicht, eine 2 als erste Ziffer hätte ihr besser gefallen. In Kaiserslautern hat sie einen Wahlkreis knapp vor der SPD gewonnen. Der Norden von Rheinland-Pfalz ist durchgehend schwarz, der Süden überwiegend rot.

Ob **Friedrich Merz** nun durchatmen kann, darf bezweifelt werden, denn die SPD an seiner Seite ist zweifelt und muss sich mehr denn je profilieren. Wie die beiden Schnarchnasen **Bärbel Bas** und **Lars Klingbeil** das Ruder herumreißen wollen, wird spannend zu beobachten sein. Der klassische Arbeiter hat die Seiten gewechselt, weg von der SPD hin zur AfD. Es muss erlaubt sein zu sagen, dass das ziemlich ungerecht ist, denn sehr viele Errungenschaften für die oft beschworene „hart arbeitende Bevölkerung“ hat diese den Sozialdemokraten zu verdanken. Bei der AfD gibt es nichts, wofür man sich bedanken könnte, ganz im Gegenteil.

Ob es der SPD helfen würde, ihre beiden Vorsitzenden auszuwechseln, ist nicht sicher. In der Bewertung der wichtigsten Politiker in Deutschland nach Sympathie und Leistung im Februar 2026, stehen Klingbeil und Bas auf den Plätzen 3 und 4, hinter **Boris Pistorius** und **Johann Wadepuhl**. **Friedrich Merz** und **Markus Söder** 6 und 7.

Und noch ein Schock

Auch in **Bayern** hat die SPD bei den Stichwahlen um die Posten von Bürgermeistern und Landräten einen Kopf verloren. In München wird **Dominik Krause** der erste grüne Oberbürgermeister und löst damit

Dieter Reiter ab, der im ersten Wahlgang noch deutlich vorn lag. Nun musste er sich mit 56,4 zu 43,6 Prozent geschlagen geben. Reiter hat bereits mitgeteilt, dass damit seine politische Laufbahn endet. Seit 1949 stellte die SPD die Oberbürgermeister von München, mit nur einer Unterbrechung zwischen 1978 bis 1984, als die CSU mal ran durfte, was die Münchner aber schnell wieder korrigierten.



Wie wird es **Markus Söder** verkraften, dass seine Landeshauptstadt nun vom Erzfeind regiert wird. Im Münchner Stadtrat sind die Grünen schon seit 2020 stärkste Kraft. Aktuell stellen die Grünen 21 Stadträte, die CSU 19 und

die SPD 15. Der neuen OB muss sich also seine Mehrheiten suchen. Foto: Die Grünen München

Sollte es der 35-Jährige Münchner, der ausschaut, als würde er lieber Milch trinken, nicht schon können, muss er auf jeden Fall bis zum 19. September lernen, ein Bierfass anzustecken, denn dann beginnt das Oktoberfest. **Dieter Reiter** hatte dies stets mit zwei Schlägen geschafft. Die Macher des Singspiels beim Nockherberg müssen sich bis zum nächsten Jahr ein Schauspieldouble für **Dominik Krause** suchen. Bewerbungen werden entgegengenommen.

Die Freien Wähler haben in Bayern überdurchschnittlich viele Städte und Landkreise gewonnen. Die CSU ist zwar in den Stadt- und Gemeinderäten stark vertreten, für die Chefposten haben sich die Wähler oft andere ausgesucht. Der Verlust der Landeshauptstadt ist tragisch, aber die SPD hat sich in einigen bekannten bayerischen Städten behaupten können, Rosenheim, Pfaffenhofen, Passau, Vilshofen, Augsburg, Schweinfurt, Rothenburg, Regensburg, Bamberg, Bayreuth oder Heilbronn zum Beispiel.

Nun müssen sich erst einmal alle sortieren. In den nächsten Tagen werden uns die Talk-Shows erklären, warum es so und nicht anders gelaufen ist. Bei **Caren Miosga** habe ich heute gleich wieder abgeschaltet, als ich sah, wer uns die Lage erklären sollte, **Thorsten Frei** und **Karl Lauterbach**. Das erschien mir nach dem spannenden Tatort dann doch zu langweilig.

Ed Koch

08) KW 12 (16.03. bis 22.03.2026)



Nr. 647-24

22. März 2026

51. Jahrgang

KW 12

Heute wird in **Rheinland-Pfalz** die letzte Ampel ausgeschaltet. Die **FDP** ist inzwischen unter „Sonstige“ verschwunden. Nach **Baden-Württemberg** wird sie nun auch im Landtag von Rheinland-Pfalz ihre Büros räumen müssen. In **Sachsen-Anhalt**, wo am 6. September gewählt wird, ist die FDP noch an der Regierung beteiligt. Jüngste Umfragen sehen sie bei zwei Prozent.

Auch in **Mecklenburg-Vorpommern** müssen die Möbelpacker ran. Am 20. September wird dort gewählt, in Umfragen liegen die Liberalen bei drei Prozent. In **Berlin**, wo auch am 20. September gewählt wird, muss sich die FDP um keine Umzugshelfer bemühen, denn ausgezogen ist sie schon bei der letzten Wahl. In Umfragen wird die FDP nicht erwähnt. In einigen Bezirksverordnetenversammlungen, wie Tempelhof-Schöneberg, Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf und Pankow ist die FDP noch vertreten, was auch daran liegt, dass die Hürde für die BVV nur drei Prozent hoch ist.

Für die heutige Wahl in **Rheinland-Pfalz** wird kein Wert für die FDP in den Umfragen angezeigt. Wenn wir die AfD mit 19/20 Prozent außen vor lassen, gibt es keine andere Regierungsmöglichkeit als Rot-Schwarz oder umgekehrt. CDU 28/29, SPD 27 Prozent. Grüne neun und Linke fünf Prozent werden für eine Regierungsbildung nicht benötigt. Die entscheidende Frage wird, wie in BW sein, wer als Erster durchs Ziel geht. Behielte die SPD ihren Ministerpräsidenten **Alexander Schweitzer**, könnten **Lars Klingbeil** und **Bärbel Bas** aufatmen. Gewönne **Gordon Schnieder**, der kleine Bruder von Verkehrsminister **Patrick Schnieder**, hätte **Friedrich Merz** Grund zum Feiern.

Tragisch ist, dass Union und SPD, in einigen Regionen mit Unterstützung der Grünen und Linken, das Bollwerk gegen Rechts sind, woraus sich eine gewisse Abhängigkeit ergibt. Das wiederum hat zur Folge, dass man in den Wahlkämpfen immer etwas sorgsamer miteinander umgehen muss. Mal liegen die einen vorn, mal die anderen.

In Sachsen-Anhalt müsste nach derzeitigem Stand CDU-MP **Sven Schulze** SPD, Linke und den BSW in die Regierung holen, um auf eine Mehrheit jenseits der AfD zu kommen. Viel Spaß. Auch die Sozialdemokratin **Manuela Schwesig** bräuchte CDU, Linke und Grüne für eine stabile Mehrheit gegen die AfD. Das dürfte alles sehr schwierig werden, weil eine Zusammenarbeit der CDU mit der Linken kaum vorstellbar ist.

Und in Berlin ist die Sache auch kompliziert. **Kai Wegner** bräuchte neben dem jetzigen Koalitionspartner noch die Grünen. Fast sah es 2023 so aus, dass sich CDU und Grüne auf eine Koalition verständigen könnten. Die Liebesbeziehung ist inzwischen stark abgekühlt. Wahrscheinlicher ist eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken. Je nachdem, wer die Nase vorn hat, hieße dann der Regierende Bürgermeister **Steffen Krach** (SPD) oder **Werner Graf** (Grüne) bzw. die Bürgermeisterin **Elif Eralp** (Linke). Der Spandauer Wegner müsste dann sein Büro für einen Niedersachsen, Oberpfälzer oder eine Bayerin räumen. So ist das mit den Migranten.

Auch in den nächsten Jahren finden natürlich Wahlen statt. 2027 in **Nordrhein-Westfalen** und **Schleswig-Holstein**. **Hendrik Wüst** und **Daniel Günther** müssen sich nach derzeitigem Stand keine Sorgen um den Verbleib in ihren Ämtern machen. Aber die FDP. In beiden Bundesländern liegt sie bei vier Prozent.

2028 dürfte nach Lage der Dinge das Jahr sein, in dem sich die FDP von der politischen Bühne in Deutschland verabschiedet. **Andreas Bovenschulte** könnte seine Bremer Koalition aus SPD, Grünen und Linken fortsetzen. Für **Boris Rhein** in Hessen könnte es für Schwarz-Rot sehr knapp werden. Für die FDP spielen Koalitionsfragen dann keine Rolle mehr. Letzte Fahnenträgerin der FDP bliebe dann **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**. Tja.

Was noch?



Foto: Bundesrechnungshof/Henning Schacht

Die Rubrik müsste heute eigentlich heißen: „Was macht...?“ **Klara Geywitz**, ist seit dem 19. März Vizepräsidentin des Bundesrechnungshofs, auf dem Foto mit Präsident **Kay Scheller**, der sagt: „Wir liefern Fakten für Politik und Verwaltung. Dort kennt sich Frau Geywitz bestens aus.“

1

Klara Geywitz war von 2021 bis 2025 Bundesbauministerin. In einer von **INSA** für **BILD** durchgeführten Befragung hatte Geywitz einen Zufriedenheitswert von 16 Prozent, ihre Nachfolgerin **Verena Hubertz** aktuell nur zehn.



Foto: privat

Ob Frau Geywitz morgens mit der U-Bahn zur Arbeit fährt oder einen Dienstwagen hat, wissen wir nicht. In Berlin zumindest hat schon vor über 20 Jahren das Abgeordnetenhaus den Dienstwagen für die Präsidenten des Landesrechnungshofs gestrichen.

Führe Frau Geywitz in Bonn mit der U-Bahn, kann sie die Station, an der sie aussteigen muss, kaum verfehlen, denn sie heißt „Bundesrechnungshof/Auswärtiges Amt“. Es sieht so aus, als wäre Bonn noch Hauptstadt. Wirft man einen Blick auf die Liste der Ministerien, die in Bonn ihren Hauptsitz haben, kommt man aus dem Staunen nicht raus. Sechs Ministerien haben ihren ersten Dienstsitz in Bonn und in Berlin lediglich eine Filiale, in der sich allerdings die Minister aufhalten. Alle anderen Ministerien, die in Berlin ihre Zentrale haben, verfügen dennoch über einen Zweitsitz in Bonn. Warum? Die Liste weiterer Bundesbehörden in Bonn ist schier endlos, siehe den folgenden Link.

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Bundesbeh%C3%B6rden_in_Bonn



Jahrzehnte lang, während der Teilung, war eigentlich Konsens, dass Berlin nach einer Wiedervereinigung, quasi automatisch, Hauptstadt wird. Den Titel machte Berlin auch niemand streitig. Aber der Sitz der Regierung sollte in Bonn bleiben. Überall wurden diese Auf-

kleber in den Ministerien an die Türen geklebt. Es bedurfte eines Gesetzes, dass Berlin nicht nur formell Hauptstadt, sondern auch Regierungssitz wird. Die Abstimmung am 20. Juni 1991 fiel mit 338 zu 320 Stimmen sehr knapp aus. Es dauerte bis 1999,

ehe der Umzug abgeschlossen war. Wobei es sich um einen Teilumzug gehandelt hat.

Formal ging Berlin als Sieger vom Platz. Bonn hat, außer den Status, aber nicht verloren, ganz im Gegenteil. Unsere Zweithauptstadt, die das Kfz-Kennzeichen BN immer als „Berlin Nebenstelle“ bezeichnete, kann sich nicht beschweren. Und auch der Bundesrechnungshof hat seinen Hauptsitz in Bonn und in Berlin und Potsdam nur Nebenstellen.

Auch andere Bundeseinrichtungen bleiben erhalten. So ist der Sitz des Bundeskanzlers, das Palais Schaumburg, nach wie vor in Staatsbesitz und wird auch vom Bundeskanzleramt genutzt. Derzeit finden allerdings Renovierungsmaßnahmen statt. Der berühmte Kanzlerbungalow wurde schon restauriert und im November 2025 fertiggestellt. *Er ist nun ein geschütztes Denkmal der Nachkriegsmoderne und kann durch die Stiftung Haus der Geschichte im Rahmen von Führungen besichtigt werden.* Auch die Villa Hammerschmidt in Bonn ist nach wie vor Zweitsitz des Bundespräsidenten. Diese Doppelstrukturen verschlingen jährlich Millionen Euro. Der Istzustand dürfte jedoch festgeschrieben sein. Alle Versuche, Berlin als einzige Hauptstadt mit allen Ministerien zu etablieren, sind bislang gescheitert.

Noch was?

Ja, viel zu viel. Man weiß nicht mehr, worüber es sich lohnt, aufzuregen. Die Kriege dauern an und BILD meldet „Hochexplosive Enthüllung über Modschtaba Chamenei“, den neuen Chef des Iran, den noch niemand live gesehen hat. „Neuer Ober-Mullah soll schwul sein“, schreibt BILD. Eine Nachricht, auf die die Welt gewartet hat.

Vermutlich hat sich der neue Machthaber irgendwo verbuddelt, denn Israel räumt einen Führer nach dem anderen ab. Aber, das Regime ist wie die Schlange Hydra. Schlägst Du einen Kopf ab, wächst sofort ein neuer nach.

So scheint es auch mit den militärischen Möglichkeiten des Iran zu sein. Ständig wird verkündet, dass die Marine beseitigt worden sei, auch eine Luftwaffe gibt es nicht mehr, was den Iran nicht daran hindert, Raketen und Drohnen auf seine Nachbarn abzuschießen. Wie lange will sich Trump noch von Netanjahu vor sich hertreiben lassen? Und in Europa verhindert die menschengewordene Gulaschkanone Orbán, dass die Ukraine dringend benötigtes Geld bekommt. Die Hoffnung der EU, dass die Ungarn ihn am 12. April abwählen könnten, wird sich vielleicht nicht erfüllen. Kommen Sie gut durch die KW 13.

Ed Koch

09) Glück gehabt. Von Ed Koch



Nr. 647-23

20. März 2026

51. Jahrgang

Glück gehabt

Heute ist nicht nur Frühlingsanfang mit maximal elf Grad, leicht bewölkt, sondern auch ein Glückstag. Der **World Happiness Report** ist erschienen und die Finnen sind mal wieder die Glücklichen, zum neunten Mal in Folge. Ein Land, in dem 70 Tage die Sonne nicht untergeht und ab November 50 Tage Nacht ist. Das soll glücklich machen?

„Die große Lebenszufriedenheit in Finnland entsteht durch eine Kombination aus verschiedenen Faktoren, sagen die Macher des ‚World Happiness Reports‘. Humor und Gelassenheit seien auf jeden Fall ein Teil, so Jan-Emmanuel De Neve, einer der Autoren des diesjährigen Weltglücksberichts. „Die Finnen sind nicht besessen davon, unbedingt glücklich sein zu wollen“, erklärt er. „Sie sind offensichtlich sehr zufrieden und dankbar für alles, was sie haben, und sie nehmen sich selbst in dieser Hinsicht nicht allzu ernst, was ihnen wiederum hilft, die kleinen Dinge im Leben zu schätzen.“ Quelle BR24

Daran wird es liegen, denn wir Deutschen sind ja nie zufrieden mit dem, was wir haben. Und zu ernst nehmen wir uns andauernd und übersehen dabei die kleinen Dinge des Lebens. Aber, wir sind auf einem guten Weg, jetzt auf Platz 17, fünf Plätze besser als im letzten Jahr. Das kann nur an der neuen Bundesregierung liegen, oder? **INSA** hat für **BILD** im Februar nachgefragt und festgestellt, dass viele Minister der neuen Bundesregierung schlechter bewertet werden als die Vorgänger: Merz vs. Scholz 22:35, Reiche vs. Habeck 19:27, Warken vs. Lauterbach 17:23, Schnieder vs. Wissing 11:17. Besser schneiden ab: Wadehul vs. Baerbock 29:19, Dobrindt vs. Faeser 25:20, Lindner vs. Klingbell 24:22.

Vor Deutschland liegen natürlich die skandinavischen Länder, „Smørrebrød... Smørrebrød... ram tam tam“, aber auch Costa Rica auf Platz 4. Niederlande, Israel, Luxemburg, Schweiz und Österreich sind glücklicher als wir. Israel? Wie geht das? Wenigstens die USA liegen hinter uns auf Platz 23.

Jeweils im Herbst erscheint der **SKL-Glücksatlas**. Bei der Zufriedenheit in den Bundesländern landet Berlin auf den hinteren Rängen: Hamburg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Thüringen, Brandenburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Bremen, **Berlin**, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern. Darüber sollten wir uns mal Gedanken machen. In Thüringen sind die Menschen glücklicher als in Berlin? Das geht ans Eingemachte.

Aber auch beim Städte-Ranking schneidet Berlin schlecht ab. Unter den ersten zehn stehen wir nicht, dafür aber Kassel, Krefeld, Düsseldorf, Mainz, Dresden, Erfurt, Münster, Bremen, Hamburg, Duisburg. Es gibt offenbar einen Unterschied in der Bewertung der Bundesländer und Städte. Berlin belegt Platz 37, noch hinter Frankfurt am Main. Die Menschen in Duisburg sind glücklicher als in Berlin? Waren Sie schon mal in Duisburg seitdem Schimanski weg ist?

Die Parteien sollten im Wahlkampf alles daransetzen, mit Themen zu punkten, die die Menschen glücklicher machen. Zum Beispiel mit mehr Sauberkeit. Wo Dreck liegt, kommt immer noch neuer dazu. Schnell aufräumen würde helfen. Alle Leichtkriminellen könnten ihre Tage sinnvoll damit verbringen, in der Stadt aufzuräumen, anstatt gelangweilt die Zellwände anzustarren.

Wandertage an den Schulen könnten genutzt werden, um etwas Sinnvolles zu tun, anstatt irgendwo herumzulatschen. Es gäbe so viele Möglichkeiten, aber dazu muss man den Arsch halt hochkriegen und es müsste Menschen geben, die in der Lage sind, zu motivieren. **Franziska Giffey** hat noch vor Bekanntwerden des Stromausfalls am 3. Januar morgens die BSR besucht, um sich für deren Einsatz in der Silvesternacht zu bedanken. Wie stünde **Kai Wegner** heute da, wenn er gleich nach Lichterfelde gefahren wäre, um sich vor Ort zu informieren? Die Telefonate, die angeblichen und tatsächlichen, hätte er im Auto führen können. **Steffen Krach** bräuchte seine Wohnung in Hannover nicht zu kündigen.

Fazit: Wir brauchen mehr Glück. Wer auf den Tag genau 77 Jahre in dieser Stadt lebt, hat mehr als nur einmal Glück gehabt. Wichtigster Glücksfaktor: Die Eltern. Punkt Zwei: Die Amerikaner, die uns nicht haben verhungern lassen. Dritter Punkt: Überwindung aller politischen Widrigkeiten wie Ultimativen und Mauern. Punkt Vier: Die beiden getrennten Stadthälften kamen wieder zusammen, auch wenn das Zusammenwachsen noch nicht abgeschlossen ist.

Die Liste wäre lang, wenn man alles aufschriebe, was nicht funktioniert, aber auch sehr lang, was alles läuft. **Klaus Wowereit** hatte im Februar 2010 Recht, als er sagte: „Berlin ist nicht Halt“. Trotz aller Probleme ist Berlin eine lebenswerte Stadt. Schön wäre es, wenn die Berliner daran mitarbeiten würden. Ein wenig mehr Empathie, ein wenig mehr Lokalpatriotismus, ein wenig mehr besseres Benehmen statt großer Schnauze, würden uns dem Ziel zur glücklichsten Stadt deutlich näherbringen.

Ed Koch

10) Kai in der Kiste. Von Ed Koch

Kai in der Kiste



1. Reihe: Kai Wegner (CDU), Bettina Jarasch (Grüne), Franziska Giffey (SPD). 2. Reihe: Die Tagesspiegel-Chefredakteure Christian Tretbar und Lorenz Maroldt.

Am 8. Februar 2023, vier Tage vor der Wiederholungswahl, waren beim **Tagesspiegel** Kandidaten-Check auf dem **EUREF-Campus** die Koalitionsmöglichkeiten schon klar. (In Klammern das Wahlergebnis vom 12.02.2023). Die CDU lag in der aktuellen Umfrage mit 25 (28,2) Prozent vorn, gefolgt von SPD 21 (18,4), Grünen 17 (18,4), und Linken 11 (12,2) Prozent. Die Rot-Grün-Rote-Koalition hätte also weiterwurschteln können. Dass die stärkste Partei, die CDU, eine Koalition anführen könnte, hatte damals niemand so richtig auf dem Zettel.



Kai Wegner und Franziska Giffey beim ersten Sondierungsgespräch zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen am 9. März 2023 in der Schmiede des EUREF-Campus.

Nach der Wahl folgten die Sondierungsgespräche, jeder mit jedem. SPD und Grüne verhakten sich. Die persönlichen Abneigungen der Regierenden Bürgermeisterin **Franziska Giffey** und Grünen-Kandidatin **Bettina Jarasch** zueinander waren bekannt. Und dann platzte die Bombe. **Kai Wegner** und **Bettina Jarasch** saßen im Café im Wasserturm auf dem EUREF-Campus bei einem Gläschen Wein in der Pause eines Sondierungsgesprächs. Die Push-Nachrichten

auf den Handys plopten auf. Gemeldet wurde, dass die SPD mit der CDU Koalitionsverhandlungen aufnehmen wolle. Giffey verzichtete auf ihren Job als Regierende Bürgermeisterin, weil es mit den Grünen einfach nicht mehr ging, wie sie mir am Rande der Gespräche auf dem EUREF-Campus sagte.

Sprichwörtlich kam Kai aus der Kiste und wurde Regierender Bürgermeister. Die Gemeinsamkeiten von CDU und SPD haben sich seit 2023 weitestgehend aufgebraucht. Der neue SPD Spitzenkandidat **Steffen Krach** ist Wegners schärfster Kritiker. Unverhohlen liebäugeln SPD, Grüne und Linke mit einer Neuaufgabe von R2G, wobei sich erst am 20. September zeigen wird, wer vorn liegt und den Regierenden Bürgermeister stellen darf.

Nicht nur Krach, sondern vor allem der **Tagesspiegel** versenkt nun Kai zurück in die Kiste. Ist es eine Kampagne, wie einige behaupten, oder lediglich aufklärerische Berichterstattung. Der Autor dieses Beitrages neigt zur zweiten Variante. Alles darf ein Bürgermeister machen, auch Tennis spielen, aber niemals fahrlässig mit der Wahrheit umgehen. Der **rbb** hatte herausgefunden, dass sich Wegner nicht durchgehend in seinem heimischen Büro eingeschlossen hatte, sondern in der Stromkrise am Jahresanfang auch Zeit für sportliche Betätigung fand.

Die Behauptung von Wegner, er hätte mit allen möglichen Leuten gesprochen und war sehr aktiv in der Problembewältigung, hat der Tagesspiegel untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Wegner offenbar nicht mit allen, die er erwähnt hat, tatsächlich telefonierte. Das mag eine Petitesse sein, zeigt aber leider keinen guten Umgang mit der Wahrheit. Warum hat Wegner nicht einfach zugegeben, dass er die Lage falsch eingeschätzt hat, anstatt irgendwelche Abläufe zu konstruieren?

Jetzt, ein halbes Jahr vor der Wahl, nimmt die Sache Fahrt auf. Alle Medien griffen die Erkenntnisse des Tagesspiegels auf. Sogar gestern im bundesweit ausgestrahlten ZDF-Morgenmagazin war dies ein Thema. Es ist immer das Gleiche, nicht ein Vorgang selbst wird zum Problem, sondern der Umgang damit. Geradezu hilflos wirkte Wegner gestern auf der Senatspressekonferenz, wo er tatsächlich sagte: „Die Interpretation (des Tagesspiegel) entbehrt jeder Grundlage.“ „Ich prüfe rechtliche Schritte.“ „Ich müsste mir den Tagesspiegel jetzt nochmal genauer anschauen.“ Und dann gabs Post von Wegners Anwalt **Christian Schertz**, wo von „Kampagne artigen Formulierungen“ die Rede ist. Das Thema wird uns erhalten bleiben. Mal sehen, ob Kai aus der Kiste wieder rauskommt. Fotos: Ed Koch

Ed Koch

11) Zu früh und zu lange. Von Ed Koch

50
paperpress
seit 1976

Nr. 647-21

18. März 2026

51. Jahrgang

Zu früh und zu lange

Es gibt verschiedene Volksbegehren in der Stadt, so zum Beispiel „Berlin autofrei“ für ein Berliner Gesetz zur gemeinwohlorientierten Straßennutzung. Bisher sind offenbar 8.200 Unterschriften eingereicht worden, 174.000 müssten es bis zum 8. Mai 2026 sein. Das Interesse scheint bislang nicht sonderlich groß zu sein. Unterstützung erfährt die Initiative durch die CDU, verbunden mit einer Replik der AfD.



Fotos: Ed Koch

Am 20. September werden in diesem Jahr das Abgeordnetenhaus und die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen neu gewählt. Ab sieben Wochen vor den Wahlen dürfen Plakate gehängt und aufgestellt werden. Man kann sich aber ja schon mal vorher ins Gespräch bringen. CDU und AfD pflastern die Straßen voll mit ihren Plakaten. „Auto verbieten verboten“, lautet der schlaue Spruch der CDU.

„In Berlin läuft ein Volksbegehren. Gut organisierte Aktivisten sammeln Unterschriften gegen das Auto, auch mit Geldern aus dem Ausland. Die Ziele der Autohasser werden von vielen Linken und Grünen unterstützt. Kommen genug Unterschriften zusammen, folgt ein Volksentscheid. Bei Erfolg droht ein Gesetz, das Millionen Berliner direkt trifft.“, heißt es auf der Internetseite <https://cd�.berlin/index.php?p=236>

Wenn ich das richtig verstanden habe, fordert die CDU die Berliner auf, nicht abzustimmen. Viele haben durch die Plakatierung der CDU überhaupt erst von dem Volksbegehren erfahren. „Ohne Auto kein Alltag“, verkündet die AfD und will offenbar damit zum Ausdruck bringen, dass man nicht dafür stimmen soll. Alles gut und schön, aber, um für oder gegen etwas zu stimmen, brauche ich nicht die Plakate der CDU und AfD. Beide Parteien nutzen das Volksbegehren, um sich bei den Autofahrern beliebt zu machen. Vielleicht geht die Sache nach hinten los, wenn angeregt durch die Plakate sich erst einmal alle mit den Forderungen der Initiative beschäftigen. Wer genehmigt eigentlich diesen Schilderwahn?



Hängen die Autoplakate definitiv zu früh für den Wahlkampf, hängt dieses viel zu lange an einem Laternenmast im Klausenpaß. Es ist ein Plakat des CDU-Abgeordneten **Dr. Jan-Marco Luczak** aus dem Wahlkampf im Februar 2025. Im Fernsehen nennt man so etwas Dauerwerbesendung.

Foto: Uwe Januszewski

Erst ab 10 Uhr

Ein Freund von mir lebt in einem Pflegeheim und fühlt sich dort sehr wohl. Drei Mahlzeiten am Tag plus Kaffee und Kuchen. Für 5.800 Euro im Monat geradezu ein Schnäppchen. Wenn ich ihn besuche, bittet er mich, ihm zwei Cheeseburger mit Pommes mitzubringen, denn die gibt's nicht im Heim. Kürzlich hielt ich auf dem Weg zu ihm bei McDonalds, es war 09:20 Uhr. Bestellung aufgegeben einschließlich Pommes. Cheeseburger und alle anderen gesunden Fleischgerichte gabs problemlos, aber „Pommes erst ab 10 Uhr!“ Begründung: *Noch ist Frühstückszeit.* Cheeseburger zum Frühstück? Die Fritteuse stand in Sichtweite, blieb aber ausgeschaltet.

Dass es in Restaurants zu bestimmten Zeiten Frühstück gibt und erst danach die Mittagskarte auf den Tisch kommt, ist bekannt. Dass aber 95 Prozent des üblichen Angebots unter Frühstück laufen, außer Pommes, verstehe wer will.

Kein Einzelfall



Gestern kam ich am Rüdeshheimer Platz vorbei und besuchte **Maria** und **Pino**, die bis zum letzten Jahr ihre Pizzen in der Schmiede auf dem **EUREF-Campus** anboten. Am Rüdeshheimer Platz betreiben sie jetzt das **Gelapino** mit leckerem Eis. Das hob ich

mir für den Nachtisch auf. Zuvor wollte ich beim Italiener schräg gegenüber eine Pizza essen, es war 13:30 Uhr. *Pizza Salami, bitte.* Antwort: *Pizza gibt's erst ab 15:00 Uhr. Was gibt's sonst? Alles, außer Pizza.* Tja, was soll man sagen, eine Pizzeria mit eingeschränktem Pizzaangebot. Also: Spaghetti mit Fleischsauce. Auch sehr lecker. Und danach, ohne zeitliche Einschränkungen, Eisessen bei **Maria** und **Pino**.

Ed Koch

12) Wikipedia – Dreist. Von Ed Koch



Nr. 647-20

17. März 2026

51. Jahrgang

Wikipedia

Heute ist **Saint Patrick's Day**. Für diese Erkenntnis muss man nicht bei **Wikipedia** nachschauen. Auch, dass es der Nationalfeiertag Irlands ist, gehört zur Allgemeinbildung. Aber, um zu erfahren, was es mit diesem Tag auf sich hat, ist ein Klick auf das Online-Lexikon hilfreich: „*Es ist der Gedenktag des irischen Bischofs Patrick, der im 5. Jahrhundert lebte und als erster christlicher Missionar in Irland gilt.*“

Ob Ire oder nur Sympathisant, in einem der irischen Kneipen in Berlin wird man sich heute ein paar **Guinness** (auch „*schwarzes Gold*“ genannt) gönnen können und zwischendurch einen **Tullamore** (Die Quintessenz des irischen Whiskeys) oder einen **Jameson** (Wo Sanftheit auf frischen Geist trifft). Die Wilmersdorfer Witwen vergnügen sich derzeit lieber mit einem **Irish Coffee** in einem der vielen Cafés.

Sehr viel Geld wurde früher für Lexika ausgegeben. Der berühmteste Name ist **Brockhaus**. „Die letzte große gedruckte Brockhaus Enzyklopädie (21. Auflage) erschien zwischen 2005 und 2006. Der Vertrieb wurde endgültig zum 30. Juni 2014 eingestellt. Der Brockhaus ist nun ein reines Online-Nachschlagewerk.“, erfährt man bei **Wikipedia**. In 1,80 Metern im Bücherschrank stehen heute die Werke, werden regelmäßig abgestaubt, dienen aber vornehmlich als Dekoration und Erinnerung an eine Zeit, in der man „*nachschlagen*“ musste, um etwas zu erfahren. Wenn eine neue Ausgabe erschien, war sie schon nicht mehr aktuell. Wenn heute ein erwähnenswerter Mensch stirbt, steht das Datum seines Ablebens schneller bei Wikipedia, als der Bestatter in der Lage ist, den Verstorbenen abzuholen.

Kinder **fragen mal die Maus**, Erwachsene **Google**, und landen bei **Wikipedia**. Inzwischen erscheint bei Google-Anfragen eine KI-Übersicht, die sich verschiedener Quellen bedient, im Wesentlichen Wikipedia. Nicht alles, was man dort erfährt, stimmt. Das meiste schon. Dennoch empfiehlt es sich immer, noch weitere Quellen zu befragen.

Für Wikipedia gibt es einen Förderverein, der für die Finanzierung sorgt. <https://www.wikimedia.de/wikipedia-unterstuetzen/spenden/>

Und warum erzähle ich Ihnen das? Weil gestern, am 16. März vor 25 Jahren die deutschsprachige Wikipedia an den Start ging. Sie wurde nur zwei Monate nach der englischsprachigen Hauptseite gegründet, die am 15. Januar 2001 entstand.

Herzlichen Glückwunsch.

Dreist

Ja, so kennen wir ihn, den Horrorpräsidenten aus dem Weißen Haus. Kriegt den schlimmsten Krieg der zwanziger Jahre nicht nach einem und auch nicht nach 1.482 Tagen in den Griff, lässt seine Verbündeten hängen, fängt selbst einen Krieg an, der auch nicht vom Völkerrecht gedeckt ist, und wundert sich, dass ein seit fast 50 Jahren bestehendes Terrorregime Widerstand leistet.

Die Auswirkungen auf die Straße von Hormus waren vorhersehbar. Weil er das selbst verschuldete Problem nicht lösen kann, drängt er nun seine Verbündeten, die er ständig beleidigt, verunglimpft und mit maßlosen Zöllen überzieht, ihm zu helfen. Wie erbärmlich ist das denn? Frankreich und Großbritannien sollen einsteigen, ausgerechnet die Länder, deren Präsidenten und Premier Minister er ständig beschimpft. Sogar China soll helfen, ein Land, mit dem er sich in einem Wirtschaftskrieg befindet. Diese Anfragen zeigen, wie dumm dieser Mensch ist.



WaPo Bodensee. Foto: ARD

Apropos dumm. Trump hat Deutschland aus gutem Grunde erst gar nicht gefragt, aber unser Außenminister **Little Jo** antwortete trotzdem und lehnt beherzt ab. Natürlich weiß Trump, dass Deutschland wenig beitragen kann, bestenfalls mit ein paar Booten der

Trump droht den NATO Ländern, wenn sie ihm bei seinem Himmelfahrtskommando nicht helfen. „*Andernfalls drohe der NATO eine – wie er der Financial Times sagt – sehr schlechte Zukunft*“.
Deutschlandfunk

Besonders dreist ist es, dass er die Unterstützung als Gegenleistung für das US-Engagement in der Ukraine einfordert. Eine Unterstützung, die gegenwärtig darin besteht, dass er die Sanktionen gegen Putin lockert und ihm erlaubt, wieder Öl zu verkaufen. **Rüdiger von Fritsch**, ehemaliger Botschafter in Russland, rechnete im **ZDF** vor, dass Putin seit Beginn der Angriffe gegen den Iran „*etwa sechs Milliarden Dollar zusätzlich verdient hat.*“ *Russland ist gegenwärtig der Hauptprofiteur dieses Krieges.*

Wie hoch mag die Provision für Trump sein?

Ed Koch

13) Frau Präsidentin. Von Ed Koch



Nr. 647-19

16. März 2026

51. Jahrgang

Frau Präsidentin

Am 30. Januar 2027 wird ein neuer Bundespräsident oder erstmals eine Präsidentin gewählt. Das mag noch lange hin sein, aber, so schnell wie die Zeit vergeht, nun auch nicht. Mit Kandidaten ist das so eine Sache. Präsentiert man sie zu früh, werden sie durch den medialen Fleischwolf gedreht, bis wenig übrig bleibt. Zu spät ist auch nicht gut, weil keine Partei allein über das Amt entscheiden kann und jeder Kandidat Bündnispartner aus mehreren Parteien braucht. Spätestens nach der parlamentarischen Sommerpause Anfang September sollte aber ein mehrheitsfähiger Kandidat gefunden werden.

Zu schnell gefahren, Hash konsumiert, eine Rechnung zu spät bezahlt, fremdgegangen, jede Jugendsünde wird ausgebuddelt. Ein Präsident muss makellos sein. Solche Menschen gibt es zum Glück nicht, und wenn, sind sie sterbenslangweilig. Ecken und Kanten muss das Staatsoberhaupt haben.

Die Bundesversammlung 2027 wird aus 1.260 Mitgliedern bestehen; 630 Abgeordnete des Bundestages und 630 von den Landesparlamenten bestimmte Personen. Bis zur Präsidentenwahl finden noch vier Landtagswahlen statt. Die Ergebnisse haben Auswirkungen auf die Parteizugehörigkeit der Mitglieder, ganz genau kann man im Augenblick also noch nicht ermitteln, wie viele Stimmberechtigte den einzelnen Parteien zuzurechnen sind.

Der **Tagesspiegel** hat von Experten der Wahlrechts-Plattform „wahlrecht.de“ eine Wahrscheinlichkeitsrechnung anfertigen lassen. Demnach stellen CDU/CSU 435 Wähler, die AfD 258, die SPD 252, die Grünen 193 und die Linke 78, was in Summe nur 1.216 ergibt, 44 sind vermutlich Sonstige.

Apropos Sonstige. Die Länderparlamente entscheiden autonom, wen sie zur Abstimmung entsenden. Im Regelfall sind alle Ministerpräsidenten dabei sowie wichtige Minister und Parlamentarier. Aber immer wieder wird die Versammlung auch durch prominente Zeitgenossen aus Kultur, Sport, Wissenschaft und Wirtschaft bereichert. Von **Christian Drosten** über **Roland Kaiser**, **Sebastian Krumbiegel**, **Jan Josef Liefers**, **Iris Berben** und **Carolin Kebekus** bis zur Dragqueen **Olivia Jones** gaben viele Promis ihre Stimme ab. Das macht die Bundesversammlung zu einer Art Volksfest.

Ein schöneres Volksfest wäre es, wenn die Bürgerinnen und Bürger direkt abstimmen dürften. Dazu wäre eine Grundgesetzänderung mit einer Zweidrittelmehrheit nötig, die derzeit nicht zustande käme. Außerdem müssten bei einer Direktwahl die Befug-

nisse des Bundespräsidenten erweitert werden. Es muss ja nicht gleich so schlimm kommen wie in Frankreich oder den USA.

Der **Tagesspiegel** hat AfD-Chefin **Alice Weidel** befragt, die für eine Direktwahl des Bundespräsidenten ist. Die AfD werde einen „geeigneten Kandidaten“ zur Wahl stellen. Und der und alle anderen sollen die folgenden Kriterien erfüllen: „Eine über allen Parteien und Lagern stehende und in der gesamten Nation angesehene Respektsperson, und nicht etwa ein versorgungsbedürftiger Parteipolitiker, der das höchste Staatsamt missbraucht, um weiterhin Parteipolitik zu betreiben.“ Die Hauptaufgabe sollte sein, „über die Einhaltung von Recht und Verfassung zu wachen, und die Herrschenden zur Ordnung zu rufen, wenn sie ihre Macht missbrauchen, welche die Bürger ihnen auf Zeit übertragen haben“. Darüber hinaus, sagte Weidel, „sollte ein Bundespräsident rhetorisch und intellektuell in der Lage sein, über den Tag hinausweisende Botschaften zu vermitteln“. *Tagesspiegel*

Dem kann man schwerlich widersprechen. Allerdings ist in den Reihen der AfD keine Person erkennbar, die diese Anforderungen erfüllt. Bedauerlicherweise fällt einem bei den anderen Parteien auch nicht auf Anlieb jemand ein.

Diesmal geht es nicht um Deutschlands besten Mann, sondern um eine Frau. Es ist unbestritten, dass es Zeit für eine Frau Bundespräsidentin ist. Viele finden diese Forderung langweilig, weil immer zuerst die Frauenfrage gestellt wird, wenn irgendwo ein Spitzenjob frei wird. Das mag sein, dennoch: diesmal ist eine Frau dran.

Und ja, lasst uns auch mal auf die Parteizugehörigkeit blicken. Sechsmal stellte die CDU den Präsidenten, dreimal die SPD, zweimal die FDP und **Joachim Gauck**, der parteilos war, aber nicht den Grünen zurechnen kann, nur weil er 1990 für das Bündnis 90 kandidierte. Also: die Grünen und die CSU gingen bisher leer aus. Dass sich die Mehrheit auf eine Grüne verständigen würde, ist eher unwahrscheinlich. Aber auf eine aus den Reihen der CSU? **Ilse Aigner**, die Präsidentin des bayerischen Landtags wird immer wieder genannt.

Irgendwann muss man den Bayern doch mal entgegenkommen. Bundeskanzler konnte und durfte kein Bayer werden, jetzt ist es an der Zeit. Gerade wir Berliner sollten uns dafür einsetzen, werden wir doch laut **Markus Söder** aus Bayern finanziert. Mal sehen, wie die Geschichte ausgeht. Und zum Schluss noch diese Bemerkung, auch wenn ich der letzte bin, der das sagt: Ich finde, dass **Frank-Walter Steinmeier** ein guter Bundespräsident ist.

Ed Koch

1

14) Mehr als Wohnen. Von Ed Koch

50
paperpress
seit 1976

Nr. 647-16

13. März 2026

51. Jahrgang

Mehr als Wohnen

Als eines der großen landeseigenen Wohnungsbauunternehmen Berlins bewirtschaftet die **STADT UND LAND** mehr als 53.000 Wohnungen und engagiert sich neben dem Neubau und der Modernisierung von Wohnraum auch aktiv für soziale, kulturelle, sportliche und ökologische Projekte in ihren Quartieren. Mehrere langjährige Kooperationen mit Berliner Initiativen wurden im ersten Quartal 2026 verlängert.

„Bezahlbarer Wohnraum allein macht noch kein lebendiges Quartier aus. Orte der Begegnung, kulturelle Angebote, Bildungsprojekte und Sportvereine tragen entscheidend dazu bei, dass sich Menschen in ihrem Kiez zuhause fühlen. Deshalb unterstützen wir Initiativen, die Nachbarschaft stärken und Perspektiven für Kinder und Jugendliche schaffen“, sagt **Ingo Malter**, Geschäftsführer der STADT UND LAND.

Nachfolgend ein paar der geförderten Projekte:

„pyramidale“

Auch 2026 unterstützt die STADT UND LAND das Kulturprojekt „pyramidale“ im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Nachdem das Unternehmen bereits im vergangenen Jahr das Projekt „Spin-Off #1“ gefördert hatte, beteiligt sich die Gesellschaft in diesem Jahr am „Spin-Off #2“. Die Spin-Off-Veranstaltungen knüpfen an das renommierte Berliner Festival „pyramidale“ für Neue Musik und interdisziplinäre Kunst an, das über zwei Jahrzehnte hinweg Künstlerinnen und Künstler aus unterschiedlichen Sparten zusammengebracht hat. Mit den neuen Formaten wird diese Tradition fortgeführt und Raum für künstlerische Experimente sowie neue Begegnungen zwischen Kunstschaffenden und Publikum geschaffen.

Leseförderung für Kinder



Foto: VBKI

Die Kooperation mit den **Berliner Lesepaten** des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) wurde ebenfalls verlängert. Das Projekt zählt zu den größten Ehrenamtsinitiativen im Bildungsbereich der

Hauptstadt: Rund 2.000 ehrenamtliche Lesepatinnen und Lesepaten besuchen regelmäßig Berliner Schulen und Kitas, um Kinder beim Lesenlernen zu unterstützen und ihre Sprachkompetenz zu fördern. Insgesamt profitieren wöchentlich über 12.000 Kinder und Jugendliche von diesem Engagement.

Natur- und Umweltbildung



Foto: Naturwacht Berlin e.V.

Auch die Zusammenarbeit mit der **Naturwacht Berlin e.V.** wird in den kommenden Jahren fortgesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt der Unterstützung liegt weiterhin auf den Junior-Ranger-Angeboten der Naturschutz- und Rangerstation Marienfelde.

In diesem Programm erleben Kinder und Jugendliche – meist im Alter von sieben bis zwölf Jahren – die Berliner Stadtnatur unmittelbar und lernen spielerisch ökologische Zusammenhänge, Artenvielfalt sowie den verantwortungsvollen Umgang mit Natur und Umwelt kennen. Die Junior-Ranger-Gruppe der Naturwacht gilt seit vielen Jahren als ein Leuchtturmprojekt der Naturbildung in Berlin. Neben regelmäßigen Treffen und Exkursionen gehören auch Projekte der „Grünen Schule“, Naturerkundungen im Landschaftspark Marienfelde sowie praktische Naturschutzaktionen zum Programm. Darüber hinaus betreibt der Verein die Naturschutz- und Rangerstation Marienfelde, organisiert Ranger-Touren, betreut Naturschutzflächen und bietet Bildungsangebote für Schulen, Kitas sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger an. Ziel ist es, das Bewusstsein für Biodiversität und den Schutz der Berliner Stadtnatur nachhaltig zu stärken.

Freiluftkino im Körnerpark

Darüber hinaus verlängert die STADT UND LAND ihre Kooperation mit dem **WerkStadt Kulturverein Berlin e.V.**, der das Freiluftkino im Körnerpark organisiert. Das Freiluftkino bietet jeden Sommer kostenfreie Filmvorführungen im Neuköllner Körnerpark und ermöglicht Kultur unter freiem Himmel für ein breites Publikum. Gezeigt wird eine vielfältige Aus-

1

wahl an Dokumentar- und Spielfilmen, häufig mit Bezug zu Berlin.

Sportliches Engagement im Kiez



Foto: STADT UND LAND

Ebenfalls verlängert wurde die langjährige Kooperation mit dem Förderverein des **BSV-Eintracht Mahlsdorf e.V.** Mit der Zusammenarbeit stärkt die STADT UND LAND gezielt den Breiten- und Jugendsport im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Im Rahmen der Vereinbarung unterstützt das Unternehmen die Arbeit des Fördervereins regelmäßig und fördert damit insbesondere Projekte und Aktivitäten der Jugendabteilung des Vereins. Darüber hinaus beteiligt sich die STADT UND LAND künftig in regelmäßigen Abständen an der Ausstattung der Nachwuchsmannschaften mit neuen Trikotsätzen. Der traditionsreiche Berliner Fußballverein leistet mit seiner engagierten Nachwuchsarbeit einen wichtigen Beitrag zur sportlichen Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zum sozialen Zusammenhalt im Kiez.

Das Spielfest für die ganze Familie



Foto: paperpress-Archiv

Beim Debüt der STADT UND LAND beim Spielfest 2017, Bezirksbürgermeisterin **Angelika Schöttler** (2.v.l.), STADT UND LAND-Geschäftsführer **Ingo Malter** (3.v.r.) mit Marketing-Chef **Frank Hadamczik** (r.) und dem Vorsitzenden des Mitspielen e.V., **Philipp Mengel** (2.v.r.).

Seit 2017 unterstützt die STADT UND LAND das Spielfest für die ganze Familie des **Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg**. 2012 konzipierte der Förderverein **Mitspielen e.V.** das Spielfest neu.



Foto: paperpress-Archiv

Waren es anfangs rund 1.600 Besucher an den beiden Wochentagen, so waren es 2017 beim Einstieg von STADT UND LAND rund 7.500. Träger des Spielfestes ist heute der Verein **CPYE e.V.** Das Spielfest findet in diesem Jahr am Wochenende **4. und 5. Juli**, wieder im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf statt. Der Eintritt ist frei.

Gedenkstättenfahrt



2025 hat die STADT UND LAND eine Gedenkstättenfahrt des **Paper Press e.V.** nach Sachsenhausen gefördert, an der 30 Interessenten teilnahmen. Der Verein führt seit 1979 Fahrten zu Stätten des Naziterrors und Widerstands durch.



Projektleiter **Uwe Januszewski** (Mitte) erklärt den Grundrissplan des Konzentrationslagers Sachsenhausen.

Fotos: paperpress-Archiv - Quellen: STADT UND LAND - paperpress

15) „Durch ein Fenster gesehen ...“ Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis – 1933 bis heute



Nr. 647-14

11. März 2026

51. Jahrgang

„Durch ein Fenster gesehen ...“

Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis - 1933 bis heute



Foto: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Heute, am 11. März 2026, öffnet um 18 Uhr die neue Sonderausstellung „Durch ein Fenster gesehen ... Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis - 1933 bis heute“ im Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße. **Tobias Dollase**, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur (parteilos für die CDU) wird zusammen mit Studierenden der FU Berlin und Frau **Dr. Irmgard Zündorf** vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam die Eröffnung vornehmen.

Mitten im heutigen Stadtalltag des Bezirks Tempelhof-Schöneberg liegt das ehemalige SA-Gefängnis in der Papestraße – ein Ort, der über Jahrzehnte kaum im öffentlichen Bewusstsein präsent war. Die dortigen Backsteingebäude an dem heutigen Bahnhof Südkreuz dienten als Kaserne für die Preußischen Eisenbahnregimenter im deutschen Kaiserreich. Nach der Reichstagsbrandnacht am 28. Februar 1933 nutzte die SA (Sturmabteilung der NSDAP) mindestens ein Gebäude bis Dezember 1933 als Konzentrationslager.

Die verantwortlichen SA-Männer inhaftierten, verhörten und folterten an diesem Ort vor allem politisch Andersdenkende, Juden und andere vom NS-Regime verfolgte Menschen. Außerhalb jeder Rechtsstaatlichkeit dienten die Räumlichkeiten als frühes Instrument nationalsozialistischer Willkürgewalt und waren somit Schauplatz politischer Verfolgung und zugleich Teil des Alltagsraums einer Berliner Nachbarschaft, die hier lebten und arbeiteten.

Die neue Sonderausstellung spannt in drei Kapiteln einen Bogen vom Inneren des Hauses über seine direkte Umgebung bis zum gesamten Kiez. Entlang von Kontinuitäten, Brüchen und Neuanfängen erzählt sie eine Geschichte dieser Nachbarschaft.

Historische Fotografien und Karten, Interviews und künstlerische Zugriffe bieten den Besuchenden Einblicke in die vielfältigen Lebensbiografien und politischen Entwicklungen über fast 100 Jahre Geschichte hinweg.

Entwickelt, kuratiert und gestaltet von Studierenden des *Public History* Masterstudiengangs der **Freien Universität Berlin** zeigt die Ausstellung welche Rolle die Nachbarschaft während des NS-Terrors 1933 spielte. Sie geht auch den Fragen nach „Wie prägte die Nachbarschaft die historische Aufarbeitung und wie geht der Kiez heute mit dem Gedenken an die Verbrechen um?“

Die Sonderausstellung ist bis zum 27. Oktober 2026 während der Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag und Sonntag: 13:00 bis 18:00 Uhr zu besichtigen. Ort: Werner-Voß-Damm 54 a. Leider ist das Gebäude nur eingeschränkt barrierefrei zugänglich.



Der **Paper Press e.V.** weist seit 1980 in den Stadtrundfahrten zu „Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof“ auf diesen Ort des nationalsozialistischen Schreckens hin.

Uwe Januszewski

Text: u.a. aus Pressemitteilung BA TS 05.03.26 und Website gedenkort-papestrasse.de

Teilnehmende einer Rundfahrt legen an der Gedenktafel am Haus General-Pape-Straße

Blumen nieder. Leider ist die Stelle vor der Gedenktafel ständig mit Autos zugeparkt.

Foto: paperpress Archiv 18.09.2010

Die 70ste Rundfahrt zu Stätten des Naziterrors und Widerstands in Tempelhof findet am Sonntag, dem 30. August 2026 von 14:00 bis 17:00 Uhr statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Die offizielle Ausschreibung erfolgt im Mai. Interessenten können sich bereits jetzt per E-Mail an den Paper Press e.V. vormerken lassen: paperpress@berlin.de

Die Rundfahrten des Paper Press e.V. werden 2026 durch Zuwendungen der Bruno-und-Else-Volgt-Stiftung und der BBBank eG gefördert und finden in Kooperation mit dem „Stolpersteine an der B96 – Gedenken in Berlin Tempelhof-Schöneberg e.V.“, der Projektgruppe Lichtenrade in der Berliner Geschichtswerkstatt und Bewohnern des Hauses Schulenburgring 2 statt.

16) „So kanns gehen. Von Ed Koch



Nr. 647-11

9. März 2026

51. Jahrgang

So kanns gehen

Am 5. März konnten **FDP** und **Linke** noch hoffen, in den Landtag wieder beziehungsweise erstmals einzuziehen. Jeweils 5,5 Prozent prognostizierte die Forschungsgruppe Wahlen noch drei Tage vor der Wahl FDP und Linke. Letztlich verfehlten beide knapp mit 4,4 Prozent die Einzugshürde. Besonders für die FDP ist das Ergebnis eine Katastrophe, wird doch Baden-Württemberg als Stammland der Liberalen gesehen, 1952 mit 18 Prozent gestartet und 2021 noch 10,5 Prozent erreicht, ist sie nun unter die Fünfprozentmarke gefallen.

Die **SPD** erzielte 1972 mit 37,6 Prozent ihr bestes Ergebnis, 2021 waren es noch elf, und nun 5,5 Prozent. Ein Ergebnis, das mit der Performance der Bundespartei natürlich nichts zu tun hat.

Dass es knapp werden würde zwischen **Grünen** und **CDU** war klar. Jeweils 28 Prozent wurde beiden vorausgesagt. Letztlich gingen die Grünen mit 30,2 Prozent vor der CDU mit 29,7 durchs Ziel. Auch das Abschneiden der CDU hat natürlich nichts mit **Friedrich Merz** und der Bundes CDU zu tun. Für **Jens Spahn** ist klar, dass die „Schmutzkampagne“ (Stichwort: „Eva, braune Haare, rehbraune Augen.“) gegen **Manuel Hagel** Mitschuld am Ergebnis hat.

Und auch das Ergebnis der Grünen hat nichts mit den Grünen von der Spree zu tun. Auf die Frage, woran der Sieg der Grünen gelegen hat, antwortete der scheidende Ministerpräsident



Winfried Kretschmann im ZDF mit zwei Worten: „**Cem Özdemir!**“ Foto: Dominik Butzmann

Für die **AfD** ist das Ergebnis mit 18,8 Prozent fast eine Punktlandung, schaut man auf die Umfrage, die bei 18 Prozent lag. Die großenwahnsinnige Scheinkandidatur von **Markus Frohnmayer** als „Ministerpräsidentenkandidat“ hat der Partei nicht geschadet, auch nicht ihr Familienförderprogramm. Frohnmayer wird nicht Oppositionsführer in Stuttgart, sondern behält sein Bundestagsmandat in Berlin.

In Baden-Württemberg bleibt es also Grün-Schwarz. Frei nach **Kurt Tucholsky**: „Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten.“ Vorläufiges Endergebnis 02:31 Uhr

Ed Koch

1

KW 10 – Kopf an Kopf



oben: Mondaufgang am 3. März um 19:09 Uhr, Sonnenaufgang am 4. März um 07:06 Uhr, über Mariendorf.

Ein immer wieder schöner Anblick, obwohl man weiß, dass Mond und Sonne im Osten aufgehen, und dort nichts Gutes passiert, weder im ganz nahen noch im Nahen Osten. Was Mond und Sonne schon gesehen haben, bevor sie bei uns aufgehen, ist ein Blick in die Tiefen der menschlichen Abgründe. Ein Lebewesen, dem es so gut gehen könnte, wenn es wollte. Niemand müsste Hunger leiden; es ist genug für alle da. Auch könnte jeder ein zu Hause haben, wenn die biologische Spezies, die wissenschaftlich als *Homo sapiens* bezeichnet wird, nicht immer wieder alles zerstören würde. Übrigens: *Homo sapiens* ist lateinisch und bedeutet „verstehender/weiser Mensch“. Was für ein Etikettenschwindel.

So, genug philosophiert. Was ist eigentlich aus der Initiative geworden, an dem Tag frei haben zu dürfen, der einem Feiertag folgt, der auf einen Sonntag fällt? Nichts. Heute ist **Weltfrauentag**. In Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Russland, China (nur für Frauen), Belarus, Vietnam und mehreren afrikanischen Staaten ein offizieller Feiertag. Da sind wir ja in bester Gesellschaft.

In **Baden-Württemberg** dürfen heute ab 18:00 Uhr auch Frauen das Wahlergebnis feiern. Aber, egal, wie die Wahl ausgeht, Sieger wird ein Mann sein. Entweder der Grüne **Cem Özdemir** oder der Christdemokrat **Manuel Hagel**. Auch bei den anderen zur Wahl stehenden Parteien, sind nur Männer auf Platz Eins, außer bei der Linken. Da dürfen gleich drei Frauen,

wie einst **Edmund Stoiber** bei der Bundestagswahl 2002 sagte, „ein Gläschen Sekt aufmachen“.

CDU und Grüne liegen nach der letzten Umfrage der **Forschungsgruppe Wahlen** bei je 28, AfD 18, SPD acht sowie Linke und FDP jeweils 5,5 Prozent. Sechs Parteien, da ist was los auf der *Schwäbschen Eisenbahn*. Bitte mitsingen: „Trulla, trulla, trullala, trulla, trulla, trullala!“

Eine Aussage, die **Manuel Hagel** in einem Interview als 29-jähriger Abgeordneter machte, das ist acht Jahre her, könnte ihm, *Achtung: Flacher Gag*, den Wahlsieg verhaseln. Er hatte eine Realschulklasse „mit 80 Prozent Mädchen“ besucht. „Also da gibt’s für 29-jährige Abgeordnete schlimmere Termine als diesen.“ An eine Schülerin, die die erste Frage an den Abgeordneten stellte, erinnert sich Hagel: „Sie hieß Eva, braune Haare, rehbraune Augen.“ Die grüne Bundestagsabgeordnete **Zoe Mayer** aus Karlsruhe hatte den acht Jahre alten Clip mit dem Interview auf X und Instagram gepostet. *Quelle: Frankfurter Rundschau*

Ihn wegen des alten Interviews, das zur rechten Zeit ausgebuddelt und platziert wurde, kreuzigen zu wollen, war noch die geringste Strafe, die die aufgebracht Berufsempörungsgemeinde der asozialen Medien forderte. Besser ist, man sagt gar nichts mehr über sein Gegenüber. Auf die Frage, mit wem haben Sie gesprochen, kann die Antwort nur noch lauten: „Ich glaube, es war ein Mensch, kein Reh.“ **Cem Özdemir** ist auf die vergiftete Wahlhilfe von Frau Mayer jedenfalls nicht angewiesen.

Was noch?

Apropos Kopf-an-Kopf. **Der Berliner Wahlkampf** dürfte richtig spannend werden. SPD, Grüne und Linke liegen dicht auf. Die Frage, wer am 20. September als erster durchs Ziel geht, wird entscheidend für die nächsten fünf Jahre sein, denn der darf den Regierenden Bürgermeister stellen. Die derzeit stärkste Partei, die CDU, haben die Links-Grünen bei ihren Koalitionsüberlegungen schon längst nicht mehr auf dem Zettel. **Kai Wegner** bräuchte nach Lage der Dinge zwei Koalitionspartner. Viel Vergnügen bei den Verhandlungen. Wegner könnte die Wahl gewinnen, aber das Amt verlieren.

Sollte es zu einer Neuaufgabe von R2G kommen, wird es vermutlich schwer für **Franziska Giffey**, dem neuen Senat noch angehören zu dürfen, denn sie hat 2023 das Tuch zwischen SPD auf der einen und Grünen und Linken auf der anderen Seite zerschnitten.

Die beste Position in diesem Wahlkampf hat die SPD, denn sie wird auf jeden Fall der neuen Regierung angehören, egal, wie die Wahl ausgeht. Es wird keine

Koalition geben können, ohne Beteiligung der Sozialdemokraten. Kein Grund natürlich, sich zurückzulehnen, denn nur der Sieger darf den Regierenden Bürgermeister stellen, oder die Regierende Bürgermeisterin.

Die SPD stellt derzeit fünf Senatsmitglieder, neben **Franziska Giffey, Cansel Kiziltepe, Iris Spranger, Christian Gaebler** und **Ina Czyborra**. Fünf SPD-Senatoren saßen auch im Vorgängersensat der Regierenden Bürgermeisterin **Franziska Giffey**. Jeweils drei Posten verteilen sich auf Grüne und Linke. Wer das Rennen 2026 gewinnt, kann auf fünf Posten hoffen. Wenn aber nicht, dann müsste die SPD als Juniorpartner mit drei Senatoren auskommen.

Als gesetzt müsste eigentlich **Steffen Krach** gelten. Aber, die älteren unter uns erinnern sich, wie schnell in früheren Jahren die SPD Spitzenkandidaten nach der Wahl wieder verschwanden, zum Beispiel **Hans-Jochen Vogel** oder **Hans Apel**. Bei nur drei Posten würde es die SPD schier zerreißen.

Gerüchten zufolge hat **Raed Saleh** Ambitionen auf ein Senatorenamt und liebäugelt mit Wissenschaft. Wissenschaft? Hatten wir da nicht mal einen ganz hervorragenden Staatssekretär namens **Steffen Krach**? Dass Saleh einen Senatorenposten anstrebt, halte ich für unwahrscheinlich. Er hätte Probleme, sich einem Regierenden Bürgermeister unterzuordnen. Als Fraktionsvorsitzender hat er alles und alle im Griff und sitzt auch am Senatstisch. Seine Bezüge entsprechen dem eines Senators. Warum sollte er diese Komfortzone verlassen?

Von der jetzigen SPD-Riege dürfte kaum jemand übrigbleiben. Auch nicht **Christian Gaebler**, der alles überstanden hat und sich immer wieder einen Job sichern konnte. Und auf der Frauenseite? Da ist nur **Iris Spranger** sichtbar, die genügend Unterstützer hat, um weiterhin als **Lady Sheriff** in Berlin für Ordnung zu sorgen. Um Olympia oder Expo müsste sie sich nicht sorgen. Die finden andernorts statt.

Aber letztlich wird es so sein, dass es nur einen gibt, der diese Entscheidungen trifft: Der SPD Highlander **Raed Saleh**. Auch wenn **Steffen Krach** Regierender Bürgermeister werden sollte, wird er an Salehs Personalliste nicht vorbeikommen. **Saleh feiert in diesem Jahr ein besonderes Jubiläum**. Er wird der am längsten amtierende Fraktionsvorsitzende aller Zeiten sein. Diesen Rekord hielt bislang **Alexander Voelker** (1958-1973). An welchem Tag Saleh die 15-Jahres-Marke reißt, ist schwer feststellbar, weil zwar das Ende der Amtszeit von Voelker, der 15. Mai 1973, nicht aber der Tag seiner Wahl im Internet auffindbar ist.

Noch was? Ja, klar.



v.l.: Ed Koch, Detlef Prinz, Michael Müller – Foto: Markus Nass

Bei einem Empfang des Medienverbands der freien Presse im letzten Jahr, zu dem mich mein Freund **Detlef Prinz**, Vorsitzender der Landesvertretung Berlin-Brandenburg, eingeladen hatte, tauchte auch **Steffen Krach** auf. Foto: Markus Nass



Ich schlug ihm vor, sich im Zoo zu erkundigen, wenn sich Nachwuchs einstellt, und gleich die Patenschaft zu übernehmen, denn Bilder mit Tieren kommen immer gut an. Das ist zwar noch nicht geschehen, aber ein Besuch im

Tierpark stand schon auf seiner To-Do-Liste. Er und **Raed Saleh**, berichtet der **Checkpoint des Tagespiegel**, besuchten am 5. März den Tierpark „und ließen sich von Direktor **Andreas Knieriem** Rote Pandas, Giraffen und das halb fertige Elefantenhaus zeigen. Als Gastgeschenk überreichte Saleh ein ‚Bekenntnis zum Zoo und Tierpark auch in Zeiten knapper Kassen‘, denn er weiß: Wer im Wahlkampf bei Tieren sparen will, kann auch gleich, so wie die FDP, die Abschaffung der Mietpreisbremse fordern. Knieriem, der dieses und kommendes Jahr jeweils rund sieben Millionen Euro vom Land Berlin für den Tierpark erhält, nutzte die Gelegenheit, um die Erweiterung des Eisbärengeheges auf den Wunschzettel zu schreiben. Wenn das so weitergeht, wird das eine teure Bescherung nach der Wahl.“ Zitat: Checkpoint

Eine gute Nachricht zum Schluss

1976 startete **paperpress** als „Jugendpolitischer Pressedienst“. Macher und etliche Leser sind inzwischen 50 Jahre älter und freuen sich über die kommende Rentenerhöhung zum 1. Juli in Höhe von 4,24 Prozent. Mein Krankenkassenbeitrag hat sich zu Jahresbeginn um 11,83 Prozent erhöht. In Euro sind beide Erhöhungen jedoch fast gleich hoch. Das Rentenplus könnte deshalb direkt an die Krankenkasse überwiesen werden.

Kommen Sie gut durch die KW 11. Am 9. ist „Tag des Nickerchens am Arbeitsplatz“ und am 13. „Tag der Hühnernudelsuppe.“

Ed Koch

18) Bau auf Bau auf! Von Ed Koch



Nr. 647-09

7. März 2026

51. Jahrgang

Bau auf Bau auf!



Vor einer Woche haben wir über die Jugendorganisationen der Parteien berichtet. Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) gehörte nicht in diese Auflistung, denn sie hat keine Mutterpartei. Die ehemalige Jugendorganisation der DDR ist von ihrer Mutter, der SED, verstoßen worden. Die Nachfolger der SED, erst PDS, dann Linke, erkennen seit 1990 die FDJ nicht mehr als ihren Jugendverband an, sie haben eine neue Jugendorganisation gegründet.

Heute vor 80 Jahren, am 7. März 1946, wurde die FDJ als „Kampfreserve der SED“ gegründet und „diente der politisch-ideologischen Erziehung von Jugendlichen im Sinne des Marxismus-Leninismus.“ Offiziell war die Mitgliedschaft freiwillig, „aber ein Nichtbeitritt führte oft zu Nachteilen bei der Ausbildung oder Karriere.“

Die Ursprünge der FDP datieren zehn Jahre zuvor. „Erste Gruppen der FDJ entstanden schon vor dem Zweiten Weltkrieg im Exil im Juni 1936 in Paris und am 8. Mai 1938 in Prag. Die Arbeit der FDJ in der Tschechoslowakei und in Frankreich kam mit der deutschen Besetzung zum Erliegen, da ihre Mitglieder fliehen mussten.“ Wikipedia

Erster Chef der FDP war **Erich Honnecker** (1946-1955), ab 1971 Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und ab 1976 Vorsitzender des Staatsrates der DDR und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. Von 1974 bis 1983 war **Egon Krenz** Boss der DDR-Kids. Motto: „Wir sind die Fans von Egon Krenz.“ Unter Krenz brach die DDR 1989 endgültig zusammen und der Name verschwand von den Landkarten, wie der Golf von Mexiko in den USA. Netter Vergleich. Nachfolger von Krenz wurde 1983 **Eberhard Aurich**. Da sangen die jungen Sozialisten: „Seid nicht traurig, jetzt kommt Aurich.“

Jede Jugendorganisation hat ihre Lieder. Natürlich auch die FDJ. Ein Auszug: „Jugend erwach, erhebe dich jetzt. Die grausame Nacht hat ein End. Und die Sonne schickt wieder die Strahlen hernieder. Vom blauen Himmelszelt. Die Lerche singt frohe Lieder ins Tal. Das Bächlein ermuntert uns all. Und der Bauer bestellt wieder Acker und Feld. Bald blüht es allüberall. Für eine bessere Zukunft richten wir die Heimat auf. Allüberall der Hammer ertönt. Die werkende Hand zu uns spricht. Deutsche Jugend pack an brich dir selber die Bahn. Für den Frieden, Freiheit und Recht. Keinen Zwang und kein Drill der eigene Will bestimme dein Leben fortan. Blicke frei in das

Licht das dir niemals gebricht. Deutsche Jugend steh deinen Mann.“ Nette Worte, die mit der Realität in der DDR wenig zu tun hatten. Und den Refrain sangen alle mit: „Bau auf, bau auf, bau auf, bau auf. Freie Deutsche Jugend bau auf. Für eine bessere Zukunft richten wir die Heimat auf.“

Die FDJ gibt's heute noch. 2023 veranstaltete die FDJ Aktionstage gemeinsam mit dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD.

Und im Westen?

Es gab den SED Ableger SEW und auch die Freie Deutsche Jugend Westberlins (FDJW). Diese benannte sich im Mai 1980 in Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht um. Bei der historischen Umbenennung, die in der **Neuen Welt** an der Hasenheide stattfand, war **paperpress** natürlich dabei, ebenso wie **Egon Krenz**. Ein beeindruckendes Schauspiel.

Anekdoten am Rande

In Mariendorf gab und gibt es noch, eine kommunale Jugendfreizeiteinrichtung. Unweit davon der Laden der Jungen Union, den es auch heute noch gibt. In den 1980er Jahren fanden bei der JU, Motto: „50% Politik – 50% Party = 100% Spaß“, offene Abende für Jugendliche statt, die dort u.a. Tischtennis und Kicker spielen konnten, ohne politisch belästigt zu werden. Wenige Hausnummern vom städtischen Jugendclub entfernt, hatte der SJV Karl Liebknecht Kellerräume gemietet und bot auch dort eine offene Tür an. Hier wurde auch niemand gefragt, ob er wisse, wer **Karl Marx** ist.

Freitags wurde im Karl Liebknecht Keller Kuchen gebacken. Und wenn das nötige Backblech fehlte, ließ man es sich im Jugendclub aus. Einmal wurde die Crew des Jugendclubs in den JU-Laden eingeladen, obwohl man wusste, dass die **paperpress** Redaktion dort ihren Sitz hatte. Es gab damals viele Gründe, sehr kritisch über die Jugendorganisation der CDU zu berichten.

Auch die Liebknecht-Jugend lud uns zu sich ein. Jeder wusste vom anderen, dass es nichts zu gewinnen gab. Eine Einladung zu einer Reise nach Halle und Buna („Plaste und Elaste aus Schkopau“) nahmen wir gern an. Gemütliches Beisammensein am Abend mit gutem Essen und viel Alkohol, und ein Chor der FDJ sang: „Gehn wir mal rüber zum Schmied seiner Frau.“ Zu dieser Zeit war **Helmut Schmidt** Bundeskanzler, aber sicherlich nicht gemeint.

Wir fuhren wieder rüber und die Kids in den blauen Hemden blieben dort, aber nicht mehr lange.

Ed Koch

1

19) Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Von Ed Koch



Nr. 647-08

6. März 2026

51. Jahrgang

Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos

Das soll angeblich **Konrad Adenauer** gesagt haben, um die Menschen zu beruhigen. Was würde er heute sagen? Wohl eher: „Die Lage ist ernst und hoffnungslos!“ Bis zur Schmerzgrenze habe ich mir in den vergangenen Tagen neben den Nachrichten auch die Talk-Sendungen reingezogen, also jene Veranstaltungen, auf denen uns kluge Leute erklären, was wir in den Nachrichten nicht verstanden haben. Nur mal so am Rande eine Frage: Gibt es außer **Armin Laschet**, **Nobert Röttgen** und **Ralf Stegner** keine anderen kompetenten Politiker, die uns etwas über Außenpolitik erklären könnten. Vor allem Laschet und Röttgen gehören zum festen Ensemble von Miosga, Maischberger, Illner und Lanz. Inzwischen kenne ich deren Ansichten so gut, dass ich abschalten könnte, wenn sie etwas sagen, denn den Text kann ich mir selbst erzählen.

In dieser Woche habe ich einen Schreck bekommen. **Sahra Wagenknecht** bei **Sandra Maischberger**. Beim wiederholten zustimmenden Nicken bekam ich schon Kopfschmerzen. Sie hält den von Israel und den USA begonnenen Iran-Krieg für völkerrechtswidrig. Ja, ist er, finde ich auch. Während Kriegsminister **Pete Hegseth**, das ist der Typ mit der US-Flagge als Einstecktuch am Jackett, etwas verklausuliert von einer Art *Spezialoperation* spricht, sagt **Donald Trump** ganz klar, dass es sich um einen Krieg handelt. Die Parallelen Ukraine/Iran mit Tarn-Begriffen wie „Spezialoperation“, sind dennoch erschreckend. Aus Putins Sicht war der Angriff auf die Ukraine Notwehr. Und der Angriff auf den Iran? Weiß jemand, ob der Iran in der Lage wäre, eine Atombombe zu bauen? Haben nicht die USA alle Anlagen zerstört, oder doch nicht? Ratlos versinkt man im Fernsehsessel und erschrickt erneut, weil man beim Nachschicken ins Glas feststellt, dass die Flasche Wein schon leer ist, die Chips-Tüte sowieso.

Die zentrale Frage, „was soll das?“ konnte in dieser Woche kein Politiker und Journalist überzeugend beantworten. Der Nahe Osten brennt, nur das ist sicher. Das Evangelische Sonntagsblatt aus Bayern (auch bekannt als Sonntagsblatt - 360° evangelisch) (1884 gegründet) schreibt über die Codenamen des Spezial-Krieges: „Epic Fury und Roaring Lion sind mehr als militärische Codenamen für den Irankrieg 2026. Sie zeigen, wie männlicher Zorn als strategischer Affekt Politik und Krieg prägt – von historischen Wurzeln über Aristoteles bis zur Inszenierung moderner Militäraktionen.“

Man kann es drehen, wie man will, die Sache ist nicht zu Ende gedacht. Das iranische Regime kann sich immer noch wehren und niemand ist in Sicht, der es ablösen könnte. Der Sohn des Schah dürfte keine Lösung sein. „Die Stunde Eurer Freiheit ist gekommen!“ verkündet **Donald Trump** den Iranern, die Angst haben, auf der Straße erschossen zu werden. Ähnlich äußerten sich seine Vorgänger **George W. Bush** und **Barack Obama**, als es um die Vertreibung der Despoten im Irak, Libyen und Afghanistan ging. Das WDR-Politik-Magazin **Monitor** beschreibt in seiner jüngsten Ausgabe vom 5. März, was daraus geworden ist. Dreimal haben unter Federführung der USA, im Falle Libyen mit UN-Mandat, und bei Afghanistan mit deutscher Hilfe, letztlich für Chaos in den „gesäuberten“ Ländern gesorgt. Und im Iran?

Wie sich **Friedrich Merz** zum Völkerrecht geäußert hat, ist auch nicht gerade beruhigend. Mit dem bestehenden komme man nicht weiter, also müsse es an die Realität angepasst werden, was ja nichts anderes bedeuten kann, als Präventivschläge zu erlauben. Aber, wer erlaubt sie? Der UN-Sicherheitsrat? Wohl kaum. Trumps Friedensrat etwa, eine Privatveranstaltung? Alle, die sich in dieser Woche geäußert haben, sind sich einig. So geht's nicht. Aber wie es geht, konnte niemand sagen.

Und was sagt das Volk? „Der Militäreinsatz der USA und Israels gegen das iranische Mullah-Regime stößt in Deutschland mehrheitlich auf Ablehnung.“, heißt es im aktuelle **ARD-Deutschland-Trend** „58 Prozent der Deutschen sehen den Angriff als nicht gerechtfertigt an, 25 Prozent hingegen schon. Das hat eine repräsentative Umfrage von **infratest dimap** unter 1.317 Wahlberechtigten von Montag bis Mittwoch dieser Woche ergeben. Damit erfährt das Vorgehen gegen Iran weniger Ablehnung als die US-Intervention Anfang des Jahres in Venezuela. Die Militäraktion, bei der die USA den venezolanischen Präsidenten **Nicolás Maduro** Anfang Januar gefangen genommen hatten, stuften damals 72 Prozent der Deutschen als nicht gerechtfertigt ein, zwölf Prozent als gerechtfertigt. Und noch ein Vergleich: Im März 2003 waren die USA und Großbritannien in den Irak einmarschiert. Im April 2003 hatten 80 Prozent der Deutschen die Invasion als nicht gerechtfertigt bewertet und 14 Prozent als gerechtfertigt.“

Letzte Meldung von der Front: „Brandenburger Wirtschaft will am Rüstungsboom teilhaben.“ ¹⁰⁶²⁴

Raketen statt Spreewälder Gurken. Happy Weekend!

Ed Koch

20) Selbstüberschätzung. Von Ed Koch



Nr. 647-06

5. März 2026

51. Jahrgang

Selbstüberschätzung

Fangen wir ganz klein an. Mit Berlin und der FDP. Während die Liberalen am Sonntag in Baden-Württemberg gute Chancen haben, wieder in den Landtag einzuziehen (Umfrage derzeit 6 Prozent), sieht es in Berlin schlechter aus (aktuell 3-4 Prozent).



Sebastian Czaja war lange Zeit scharfzüngiger Oppositionsredner der FDP, von 2016 bis 2023 Fraktionsvorsitzender. 2016, 2021 und 2023 trat er als Spitzenkandidat an. Mit dem Slogan „Wählen wir neu“ hatte die FDP bei der Wiederholungswahl 2023 keinen Erfolg. Sie flog mit 4,6 Prozent aus dem Parlament, nicht zum ersten Mal. Nun hat sich **Sebastian Czaja** entschieden, aus der FDP

auszutreten. Der Landesvorsitzende **Christoph Meyer** tritt in diesem Jahr als Spitzenkandidat an.

Fotos: FDP

Sebastian Czaja, jüngerer Bruder des früheren Senators und CDU-Generalsekretärs **Mario Czaja**, hat der **BILD** erklärt, dass er **Kai Wegner** unterstützen wolle. Czaja in **BILD**: „Ich habe sehr lange mit mir gerungen. Es geht mehr als nur um die Frage, ob man als Spitzenkandidat vier oder fünf Prozent an der Wahlurne erringt. Im Herbst entscheidet sich, ob im Roten Rathaus die Vernunft regiert oder Ideologen ihr Unwesen treiben und Berlin sich erneut auf das Experiment eines Linksblocks einlässt.“

Das „Experiment“, wie es Czaja nennt, wurde in Berlin von 2001 bis 2011 (als PDS) in einer Rot-Roten Koalition unter **Klaus Wowereit** und von 2016 bis 2021 (als Die Linke) in einer Rot-Rot-Grünen Koalition unter **Michael Müller** ausprobiert. Und siehe da, die Stadt ist nicht untergegangen. **Franziska Giffey**, die 2023 das Dreierbündnis hätte fortsetzen und Regierende Bürgermeisterin bleiben können, hatte allerdings keinen Bock mehr auf die Grünen und überließ **Kai Wegner** das Rote Rathaus.

Nach dem 20. September könnte es allerdings wieder zu einer Koalition zwischen Sozialdemokraten, Linken und Grünen kommen. In der neuesten Umfrage ist die Reihenfolge SPD 16, Grüne 15, Linke 15. Das wäre die Chance für **Steffen Krach**. In der Umfrage davor lag die Linke mit 18 Prozent vor Grünen 16 und SPD 14 Prozent. Das wäre dann die Chance für die Linke **Elif Eralp**. Und dann würde vermutlich die Welt untergehen. Eine Linke als Berliner Stadtoberrhaupt, Bayern würde sofort die Zahlungen

stoppen. Dann aber könnte New York mit seinem „demokratisch sozialistischen“ Bürgermeister **Zohran Mamdani** neue Partnerstadt von Berlin werden. Aber, all das kann verhindert werden, wenn **Sebastian Czaja Kai Wegner** unterstützt. Selbstbewusstsein ist etwas Schönes, Selbstüberschätzung eher peinlich.

Die dramatischste und folgenschwerste Selbstüberschätzung in den zweitausendzwanziger Jahren ist **Wladimir Putins** Überfall auf die Ukraine.

Berichten zufolge sollen seine Soldaten am 24. Februar 2022 ihre Paradeuniformen in den Panzern mitgeführt haben, um auf dem Majdan in Kiew den Sieg, gut gekleidet, zu feiern. Daraus wurde nichts, auch nicht nach vier Jahren.

Beim Thema Selbstüberschätzung darf **Donald Trump** natürlich nicht fehlen. Wie schnell wollte er Russlands Krieg in der Ukraine beenden? Er ist keinen Schritt weitergekommen. Das Einzige, was beendet wurde, ist die tatkräftige Unterstützung der USA für die Ukraine. Waffen für die Ukraine dürfen wir nun bei ihm kaufen. Ein toller Deal.

Gab es wirklich jemand in den USA und Israel, der geglaubt hatte, dass mit dem Auslösen des iranischen Oberschurken, das Regime zusammenbricht? 47 Jahre lang wurde ein Machterhaltendes System aufgebaut, das nicht einfach so zusammenbricht. Der Politikwissenschaftler **Nico Lange** äußerte vor ein paar Tagen die Befürchtung, dass der Iran länger schießen, als die anderen abwehren könnten. Die Auswirkungen des Krieges sind bereits an unseren Zapfsäulen spürbar.

Das Thema **Völkerrecht** spielt keine Rolle mehr. Dass die Bundesregierung den Angriff der USA und Israels auf den Iran als völkerrechtswidrig einstufen sollte, befürworten 44,2 Prozent, 45,5 Prozent halten das für falsch. Quelle: Civey

Die Vereinten Nationen bekommen den Weltfrieden nicht hin, weil sie sich selbst blockieren. Kann deshalb die selbsternannte Weltpolizei einfach zuschlagen? Ist der Angriff auf den Iran Notwehr? Das beurteilen zu wollen, wäre eindeutig eine Selbstüberschätzung. Es steht zu befürchten, dass der Bevölkerung des Irans nicht geholfen werden kann. Die grenzenlose Selbstüberschätzung des Peace-Makers hat keinen Krieg beendet, aber einen neuen geschaffen.

Fußnote: Deutsche Politiker, die sich ständig selbst überschätzen, bekamen gestern Abend auf dem Neckherberg ihr Fett weg. Äußerst sehenswert in der ARD-Mediathek.

Ed Koch

01) Einkehr nach dem AGOM-Vortrag von Hanno Schult am 21.03.2025



Aufschlussreiche Gespräche in großer Runde im Restaurant „Macedonia“: vlnr Dr. Christofer Zöckler (Vorstandsmitglied im Verein **"Die Galziendeutschen -Geschichte und Erinnerungskultur e.V."**), Hanno Schult (Vortragender) und weitere Personen.-

Aufnahme: Dr. Christofer Zöckler

**B. c) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seite B 48

Keine Mitteilungen

Keine Mitteilungen